

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 118 (1985)
Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
118. Jahrgang. Bern, 25. Januar 1985

Organe de la Société des enseignants bernois
118^e année. Berne, 25 janvier 1985

Ergebnis der Urabstimmung betreffend Übertrittszeitpunkt Primarstufe – Sekundarstufe

In der Urabstimmung zur Frage, welchen Übertrittszeitpunkt (respektive Strukturmodell) der Bernische Lehrerverein im Rahmen der Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung vertreten soll, wurde das folgende Ergebnis ermittelt:

Verschickte Stimmkarten	10 201
Eingetroffen:	
– gültige Stimmkarten (Poststempel bis 15. 1. 1985):	4 171
– ungültige Stimmkarten	34
Stimmbeteiligung:	41,2 %

Auszählung

1. Eventualabstimmung

Falls an der heutigen Struktur der Volksschule etwas geändert wird, bin ich für

Modell 5/4	Modell 6/3	Stimmenthaltungen
2 690	1 079	402

2. Hauptabstimmung

Ich befürworte die bisherige Struktur (verbessertes Modell 4/5):

JA	NEIN	Stimmenthaltungen
2 210	1 764	197

Bern, den 19. Januar 1985

Präsident der AV: *H. P. Schüepp*
Präsident des KV: *H. U. Wyler*
Präsidentin des LA: *R. Rentsch*

Résultats de la votation générale sur le passage degré primaire – degré secondaire

La votation générale sur la question de savoir quel point de vue la Société des enseignants bernois devait défendre à propos du passage degré primaire – degré secondaire (modèle de structure) dans le cadre de la révision générale de la législation en matière de formation a donné les résultats suivants:

Bulletins de vote envoyés	10 201
Bulletins rentrés	
– bulletins valables (oblitération postale jusqu'au 15. 1. 1985)	4 171
– bulletins non valables	34
Participation:	41,2 %

Décompte

1. Votation éventuelle

Au cas où l'on change la structure de l'école publique actuelle, je suis pour

le modèle 5/4	le modèle 6/3	Abstentions
2 690	1 079	402

2. Votation principale

Je me prononce pour la structure actuelle (modèle 4/5 amélioré)

OUI	NON	Abstentions
2 210	1 764	197

Berne, le 19 janvier 1985

Le président de l'AD: *H. P. Schüepp*
Le président du CC: *H. U. Wyler*
La présidente du CD: *R. Rentsch*

Inhalt – Sommaire

Ergebnis der Urabstimmung betreffend Übertrittszeitpunkt Primarstufe – Sekundarstufe	21
Résultats de la votation générale sur le passage degré primaire – degré secondaire	21
Bericht über die ausserordentliche Abgeordnetenversammlung des BLV	22
24 Jahre Nyafaru-Schulhilfe BLV	26
Von Münchenbuchsee auf die Lerbermatte	27
Bernischer Gymnasiallehrerverein	29
Die Kaminfeger-Story – eine Endlos-Geschichte	30
Sammlung unter der Schuljugend zugunsten der	

Hohlen Gasse	30
Sport und Epilepsie	30
Bernische Lehrerversicherungskasse	31
Bernische Vereinigung für Handarbeit und Schulreform	33
Eltern und Schule im Dialog	36
Zahlen, Zahlen, Zahlen...	36
Heilpädagogisches Seminar	36
Nebenbei bemerkt	37
Assemblée des délégués de la SEJB	37
Nouvelles du Centre de perfectionnement	40
Caisse d'assurance du corps enseignant bernois	40
Mitteilungen des Sekretariates	42
Communications du Secrétariat	42

Bericht über die ausserordentliche Abgeordnetenversammlung des BLV

Mittwoch, 28. November 1984, im Berner Rathaus

Entscheid zum Strukturmodell vertagt!

Punkt 14.30 Uhr beginnt der Präsident der AV, Dr. Hanspeter Schüepp, die Verhandlung. In seinen **Eröffnungsworten** begrüsst er nicht nur die Delegierten, sondern auch die Gäste, insbesondere Erziehungsdirektor Henri-Louis Favre und Andreas Marti, seinen Ersten Sekretär. Wörtlich fährt der Vorsitzende fort:

«Wenn ich zu diesen illustren Gästen aus der Erziehungsdirektion auch noch Herrn Grossrat Schneider begrüsse, so wird klar, wo der Schwerpunkt der heutigen Versammlung liegt. Herr Schneider ist Präsident der grossrätlichen Kommission, die das regierungsrätliche Grundsatzpapier zur Gesamtrevision der Bernischen Bildungsgesetzgebung vorberät.

So wollen wir uns heute denn hauptsächlich diesem Papier widmen. In zehn bis zwanzig Jahren vielleicht wird es eventuell mehr sein als Papier, nämlich bernische Schulwirklichkeit. Drängen wir deshalb brennende Tagessorgen wie die Lehrerarbeitslosigkeit für einmal in den Hintergrund – ohne sie zu verdrängen, denn dass die Lehrerarbeitslosigkeit ein Thema für den Bernischen Lehrerverein darstellt, beweist das entsprechende Arbeitspapier, welches in einigen Sektionen ja schon zu deutlichen Reaktionen geführt hat.»

Es folgt die **Wahl der Stimmenzähler und Übersetzer**: Andreas Meyer (Niedersimmental), Peter Fridelance (Frutigen) und Elisabeth Lanz-Sollberger (BHGV) werden als Stimmenzähler gewählt.

Jean-Claude Wyssbrod und Hans-Rudolf Kunz stehen als Übersetzer allfälliger Anträge zur Verfügung, während Mme Dr. Barbara Gygi und Frau M. L. Sialm als Dolmetscherinnen wirken.

Zur **Traktandenliste** werden keine Änderungsanträge gestellt. Nebst den zahlreichen Gästen, dem Kantonalvorstand, den Sektions- und Kommissionspräsidenten, Lehrergrössräten und dem Sekretariat sind 116 Stimmberechtigte anwesend, nämlich 37 Stufenvertreter, 76 Abgeordnete der Sektionen und drei Mitglieder des Büros.

Gross ist auch das Interesse der Presse, folgen den Verhandlungen doch Vertreter von Bund, BZ, Langenthaler Tagblatt, La Suisse, spk und Radio DRS.

Stillschweigend genehmigt und verdankt wird das **Protokoll der Abgeordnetenversammlung vom 30. Mai 1984** (erschienen im BS Nr. 18/84).

Anschliessend geht es um die **Revision von Artikel 10 der Vereinsstatuten (Nachzahlung der Beiträge)**. Hans-Ulrich Wyler (KV-Präsident) stellt den Antrag des KV vor:

Zuerst verweist er auf die geltende Regelung:

«Artikel 10 unserer Vereinsstatuten enthält folgende Regelung:

„Lehrkräfte, die später als ein Jahr nach ihrer definitiven Wahl an eine öffentliche bernische Schule dem Lehrerverein beitreten, haben bei ihrem Eintritt die Jahresbeiträge nachzuzahlen und überdies Fr. 20.— an die Zentralkasse zu entrichten.“

Im Zusammenhang mit der Reform unserer Vereinsstruktur hat die Abgeordnetenversammlung am 26. November 1980 für alle Lehrer unter Vorbehalt von Artikel 13 der Statuten die Aufnahme ohne Nachzahlung der Vereinsbeiträge im Schuljahr 1981/82 beschlossen. Für Kollektivmitglieder und für die Mitglieder der neu organisierten Seminar- und Berufsschullehrer galt diese Ausnahmeregelung bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der neuen Statuten. Mit dem 31. Juli 1984 ist dieser Beschluss vollständig ausgelaufen.»

Der Referent erinnert an den Beschluss der AV des Bernischen Primarlehrervereins, den Problemkreis zu überprüfen. Aufgrund dieses Antrages habe der KV beschlossen, vorläufig keine Nachzahlungen zu verlangen und gleichzeitig eine Neuregelung vorzuschlagen.

«Lehrkräfte, die später als ein Jahr nach ihrer Wahl an eine bernische Schule dem Lehrerverein beitreten, haben bei ihrem Beitritt Fr. 60.— pro Jahr an die Zentralkasse zu entrichten.»

Diese Neufassung stellt definitiv und provisorisch gewählte Lehrkräfte gleich und macht keinen Unterschied mehr zwischen einer Anstellung an öffentlichen und halbprivaten oder privaten Schulen.

Jean-François Wälbli (Bienne-La Neuveville) begrüsst den neuen Vorschlag, möchte aber den Text durch «Definitiv gewählte (Lehrkräfte)» ergänzen. Guy Lévy (BSV) stösst sich an der verlangten Nachzahlung, bezweifelt deren Wirksamkeit und beantragt deshalb Streichung der 60 Franken. Christoph Zürcher (KV) bekämpft die beiden Änderungsanträge und gibt zu bedenken, der BLV vertrete alle Lehrer, die verlangte Nachzahlung sei eine Abgeltung dieses Einsatzes durch die Trittbrettfahrer. Gleichzeitig äussert er sich kritisch zu den wiederholten Hetzkampagnen einzelner VPOD-Lehrer.

In der Abstimmung unterliegen die beiden Abänderungsanträge mit 10, beziehungsweise 8 JA gegenüber einem grossen Mehr. Der Antrag des KV wird mit 103 JA gegen 4 NEIN angenommen.

Es folgt die Diskussion zur **Kündigung des Vertrages zwischen dem BLV und dem SLV betreffend BSB/SLZ (SLZ-Obligatorium)**.

Regine Rentsch (LA BLV) informiert zu diesem Traktandum. Sie erinnert an den abgeschlossenen Vertrag und kommt auf die daraus resultierenden Schwierigkeiten zu sprechen:

«— Veteranen möchten das Berner Schulblatt allein beziehen, können aber nicht.

— Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen, Hauswirtschaftslehrerinnen, Lehrer an kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen, an Ingenieurschulen, an Konservatorien usw. haben zum Teil eigene schweizerische Fachblätter, welche ihre Bedürfnisse besser befriedigen.

— Ehepaare erhalten als BLV-Mitglieder nicht nur das BSB doppelt, sondern müssen auch die SLZ doppelt bezahlen.

— Über den Berner-Preis gab es jahrelange unbefriedigende Auseinandersetzungen mit Vertretern des SLV.

— Die SLZ möchte nicht alle Schulpraxisnummern übernehmen.

- Fast alle anderen Kantonssektionen des SLV haben es bisher abgelehnt, wie wir Berner die SLZ als gemeinsames Vereinsblatt solidarisch mitzutragen.»

Der Kantonalvorstand schlägt deshalb vor,

- «- den bestehenden Vertrag mit dem Schweizerischen Lehrerverein über die Zusammenlegung des Berner Schulblattes mit der Schweizerischen Lehrerzeitung auf 31. Dezember 1985 zu kündigen,
- das Berner Schulblatt ab 1. Januar 1986 wieder als selbstständiges Vereinsorgan herauszugeben,
- Hand zu bieten für den Abschluss eines neuen Vertrages zur Förderung der Schweizerischen Lehrerzeitung im Bereich des Kantons Bern.»

Daniel Moser (zukünftiger Redaktor der Berner Schulpraxis) setzt sich für das bisherige Konzept, aber auch für den Antrag des KV ein. Er äussert Bedenken gegen eine Auflagenkürzung oder eine SLZ mit «Berücksichtigung von Einschaltquoten». Die Haltung gegenüber der SLZ berührt Grundfragen des Lehrerseins.

Moritz Baumberger (Zentralsekretär) verweist auf ein Schreiben der Sektion Köniz BLV, das zusätzliche Entscheidungsgrundlagen (Ausgestaltung BSB, Form der Schulpraxis, Zusammenarbeit mit SLZ) bis zur AV 1985 verlangt.

Danach genehmigte die Versammlung den Antrag des KV mit 96 JA gegen 5 NEIN.

Als Gast äussert sich Hans-Rudolf Widmer (Präsident SLV) zum Problem. Er erhofft eine neue Lösung im Interesse aller Beteiligten, glaubt, dass bei Führung von Extrazügen alle etwas verlieren würden und verweist schliesslich auf die Schwierigkeiten, welche ein Durchsetzen des Obligatoriums in den andern Kantonssektionen – nur Baselland handelt wie Bern – mit sich bringt.

Nach der Pause schreitet die Versammlung zur Behandlung des Haupttraktandums, der **Stellungnahme zum Antrag des Regierungsrates betreffend die Grundsätze für eine Gesamtrevision der bernischen Bildungsgesetzgebung**.

Henri-Louis Favre, unser Erziehungsdirektor, verdankt vorerst die Einladung und kommt danach auf die laufende Behandlung der GBG in den Räten und der parlamentarischen Kommission zu sprechen. Wörtlich fährt er fort:

«Mon propos, Mesdames et Messieurs, ne sera pas d'influencer vos délibérations en vous incitant à souscrire à telle proposition ou à choisir telle option. Nous sommes là, au contraire, pour entendre vos remarques, connaître vos réactions. Le projet présenté par le Gouvernement n'a pas la prétention d'être parfait. Nous savons qu'il peut être amélioré et nous sommes à l'écoute de toutes suggestions nouvelles, étant bien entendu qu'il appartiendra au Grand Conseil de trancher.»

Er behandelt dann die Form des Dokuments und den einen oder anderen grundsätzlichen Punkt des Vorhabens. Verschiedene Gründe haben dazu geführt, dass kein neues Gesetz vorgelegt wird, sondern eben Grundsätze: sie erlauben mehr Beweglichkeit, auf sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren.

Der Erziehungsdirektor glaubt, dass der Vorschlag des Regierungsrates nicht revolutionär ist. Vielmehr beruhen die Grundsätze auf langjährigen Erfahrungen mit unserem Schulsystem.

Er ist überzeugt, dass die Form der *Sekundarstufe I* im Zentrum der Diskussionen steht. Der Regierungsrat habe sich für ein Modell 5/4 ausgesprochen, da es die Übertrittsprobleme am besten zu lösen vermöge. Dabei sollen nicht nur die Auswirkungen neuer Strukturen auf die Schule selbst geprüft werden, sondern auch jene auf die Gemeinden, führe doch das Fehlen einer Schule zur Lähmung des kulturellen Lebens und zu Entvölkerung. Im Wissen um die laufende zweite industrielle Revolution müsse die *Berufsbildung* besonders beachtet werden. Die Mikroelektronik führe in praktisch allen Lebensbereichen zu tiefgreifenden Änderungen. Die zu beschliessenden Grundsätze müssten deshalb Probleme lösen können, deren Formulierung heute noch gar nicht möglich ist.

Sorgen bereitet dem Redner der *Akademikerüberfluss*, welcher aber nicht die Folge mangelhafter Planung sei. Auch lehnt er den *Numerus clausus* ab, würden doch die verlängerten Ausbildungszeiten ein sofortiges Reagieren auf veränderte Bedürfnisse erschweren.

Weil unsere Gesellschaft schnellen und tiefgreifenden Änderungen unterworfen sei, komme dem *lebenslangen Lernen* besondere Bedeutung zu.

Der Erziehungsdirektor schliesst seine Ausführungen mit den Worten:

«Nous nous efforcerons d'en tirer le meilleur profit, dans l'intérêt de l'école, de ses serviteurs et des futures générations d'élèves, d'apprentis, d'étudiants et d'adultes qui, je le répète, devront être capables de se reconvertir, de s'adapter plus fréquemment et plus rapidement qu'aujourd'hui à l'évolution accélérée de la science, des techniques et de la société en général.»

Zum gleichen Traktandum spricht anschliessend Moritz Baumberger. Er ist überzeugt, dass die Schule auf die veränderten Verhältnisse reagieren und gleichzeitig das überzeitliche Menschenbild bewahren muss. Bei seinem Rückblick in die Geschichte der Schulpolitik erwähnt er, dass die Abgeordneten des BLV schon im Jahre 1920 eine Totalrevision der Schulgesetzgebung verlangt haben, eine Revision, die in den Sechzigerjahren alle Industrieländer vorgenommen haben. Der Sprecher zeichnet hierauf den Weg bis zu den heute vorliegenden Grundsätzen nach und schliesst:

«Sie haben alle den 23 Punkte umfassenden Beschlussesentwurf des Kantonalvorstandes erhalten. Sie können nun diese Punkte in der vorliegenden Formulierung genehmigen, oder Änderungsanträge stellen, oder einzelne Punkte ablehnen und neue vorschlagen. Wir müssen uns dabei davor hüten, eine zu grosse Zahl von Einzelheiten entscheiden zu wollen. GBG ist nicht ein einmaliger Entscheid, sondern ein politischer Prozess. Selbst wenn der Grosse Rat einmal seine Grundsätze verabschiedet hat, ist noch keine Änderung der Schule beschlossen, sondern nur der Auftrag erteilt, entsprechende Gesetzesänderungen vorzubereiten. Bei der einige Jahre später folgenden Gesetzesberatung stehen alle demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten bis hin zur Volksabstimmung offen. Deshalb können wir uns hier auf möglichst wenig Schwerpunkte beschränken.»

Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, einen Beschluss zu verabschieden, aus welchem die Politiker, insbesondere der Grosse Rat, den bildungspolitischen Willen der Berner Lehrer zu lesen vermögen. Unser Beschluss kann ein entscheidender Beitrag an die zukünftige Gestaltung der Berner Schule sein, wenn er nicht nur unsere eigenen Standes- oder Stufeninteressen berücksichtigt, sondern auch die Interessen unserer heranwachsenden Jugend und damit die Zukunft unseres Volkes.»

Grossrat Rolf Schneider referiert nun über die Arbeit der parlamentarischen Kommission, deren Präsident er ist. Der Grosse Rat hat eine 29köpfige Kommission bestellt, womit er die grosse Bedeutung der Gesamtrevision unterstreicht. Im politisch zusammengesetzten Gremium sind acht von 16 Lehrergrössräten vertreten. An den bisherigen drei Sitzungen habe man Eintreten beschlossen und bereits starke textliche Änderungen vorgenommen. Er ist überzeugt, dass das Vorhaben GBG trotz aller Unkenrufe nützlich und nötig sei. Die Strukturfrage sei nicht das zentrale Problem. Zudem gehe ohnehin ein innerer Strukturwandel vor sich, was zum Beispiel am Anteil der Sekundarschüler (1960: 33 %, 1983: 48,6 %) ablesbar sei. Wenn die Vorlage beim Grossen Rat gut ankomme, sei etwas Zukunftsweisendes erreicht.

Damit ist der Weg frei zur Beratung der einzelnen Punkte des Beschlusses-Entwurfs:

1. *Der BLV begrüsst regelmässige Kontakte Schule-Elternhaus. Er befürwortet eine klare gesetzliche Regelung der Mitsprachemöglichkeiten der Eltern, welche die Kompetenzen von Schulbehörden und Lehrern achtet.*

Keine Diskussion.

2. *Der BLV begrüsst eine verstärkte Durchlässigkeit in unserem Schulsystem, welche die Korrektur von Laufbahnentscheiden erlaubt. Er lehnt aber Einrichtungen ab, welche die Schüler einem andauernden Prüfungsstress aussetzen.*

Peter Wagner (Bern-Stadt) möchte wissen, wie der zweite Satz gemeint ist. Der ZS verdeutlicht, die letzten Jahre der Primarschule sollten für die Kinder nicht dauernden Prüfungsstress zur Folge haben.

Andreas Gerber (BMV) fragt, ob eine verbesserte Durchlässigkeit höhere Prozentzahlen von Sekundarschülern ergebe. Moritz Baumberger erläutert, man denke an eine Durchlässigkeit in beiden Richtungen, es brauche auch mehr Weiterbildungsklassen, die Durchlässigkeit müsse auch auf Stufe Höhere Mittelschule und Universität möglich sein.

Nun stimmen die Delegierten dem Punkt 2 zu.

3. *Der BLV begrüsst den Erlass von Rahmengesetzen, welche darauf verzichten, alle Einzelheiten zentral zu regeln. Er befürwortet Regelungen, welche es den Schulen und den Gemeindebehörden erlauben, auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.*
4. *Der BLV setzt sich dafür ein, dass Kindergärten und Volksschulen in den Dörfern erhalten bleiben. In allen Bereichen des Bildungswesens sind unüberblickbare Grossschulen zu vermeiden.*
5. *Der BLV hält an der traditionellen beruflichen Selbständigkeit der Berner Lehrer fest.*
6. *Der BLV befürwortet mit dem Alter zunehmende Mitsprachemöglichkeiten von Schülern und Studenten, um diese an die Übernahme von Verantwortung zu gewöhnen.*
7. *Soweit die freiwillige fachliche und pädagogische Beratung der Lehrer und Schulbehörden von den staatlichen Aufsichtsbehörden (Inspektorat) abgetrennt wird, befürwortet der BLV, dass sie nicht besonderen Beamten, sondern teilbeurlohten Lehrern übertragen wird.*
8. *Der BLV fordert für die obligatorische Schulzeit ein einziges Volksschulgesetz.*

Die Punkte 3 bis 8 werden diskussionslos genehmigt.

9. *Der BLV befürwortet innerhalb der Volksschule folgende Namensgebung: Primarstufe, Sekundarstufe I mit Real- und Sekundarklassen.*

Alfred Bangerter (BPLV) findet, der Begriff «Realklasse» rieche nach Oberstufenreform. Er befürchtet eine Zusatzausbildung für diese Lehrerkategorie, was einer Abwertung des integralen Patents gleichkomme. Letztlich führe das Vorhaben zu regionalen Oberstufenzentren. Er beantragt einen neuen Punkt 9: «Der BLV setzt sich ein für das integrale Lehrerpapent für die gesamte obligatorische Schulzeit.» Ein neuer Punkt 10 würde die Namensgebung regeln.

Peter Wagner (Bern-Stadt) unterstützt den Vorredner und warnt davor, die Wichtigkeit der Namensgebung zu bagatellisieren, die Primarschule zur Elementarschule zu degradieren und mit dem Modell 6/3 die Sekundarschule zur Übergangsschule zu machen.

Andreas Gerber (BMV) will auf den Änderungsantrag nicht eingehen.

Moritz Baumberger glaubt, die Sorge des Antragsstellers sei übertrieben. An Oberstufenzentren denke niemand, was soeben auch der Erziehungsdirektor in seiner Rede bestätigt habe. Vielmehr gehe es um eine Harmonisierung in der Namensgebung.

Niels Dunkel (Oberhasli) unterstützt mit Blick auf das integrale Patent den Antrag Bangerter.

Christoph Zürcher (KV) will, dass keine Minderheiten überfahren werden. Die Angst vor Abwertung des Primarlehrerpapents sei berechtigt. Sein Ordnungsantrag, die Beratung zu Punkt 9 auszusetzen bis die Strukturfrage diskutiert sei, wird mit grossem Mehr angenommen.

Somit gehen die Beratungen gleich auf Punkt 12 über.

12. *Der BLV befürwortet für die Primarstufe eine Dauer von 6|5|4 Jahren.*

Peter Fankhauser (Konolfingen) beantragt namens seiner Sektion, zu dieser Frage eine Urabstimmung durchzuführen. Zeit dazu sei vorhanden, die Frage sei unter den Mitgliedern zu wenig diskutiert worden und schliesslich wolle man die Strukturfrage nicht allein den Politikern überlassen.

Der Antrag des Verhandlungsleiters, der Urabstimmung nur ein Modell zu unterbreiten, wird abgelehnt.

Jetzt stimmt die Versammlung dem Antrag Fankhauser zu.

Nach der Rückkehr zu Punkt 9 bekämpft Jean-François Wälbli (Bienne-La Neuveville) den Antrag Bangerter.

Armin Schütz (KV) ist überzeugt, dass das Anliegen des Antragstellers berücksichtigt sei und votiert für Ablehnung.

In der Abstimmung unterliegt der Änderungsantrag mit 46 NEIN gegen 40 JA.

Andreas Gerber (BMV) verweist auf die Inkonsistenz in der Anwendung der Begriffe. Sein Antrag lautet: Konsequente Anwendung von drei Namen (Alterskategorie = Stufe, Organisationseinheit = Schule, Unterrichtseinheit = Klasse).

Trix Bühlmann (KGV) will den Namen «Kindergarten» unbedingt beibehalten.

Der *Zentralsekretär* erklärt, dass die Namengebung in der französischen Fassung stimme.

Der Antrag Gerber wird bei 25 JA mit grossem Gegenmehr abgelehnt, worauf die Delegierten Punkt 9 genehmigen.

10. Der BLV befürwortet verschiedenartige Formen der Zusammenarbeit von Real- und Sekundarklassen, damit örtliche Gegebenheiten berücksichtigt werden können. Denn in der heutigen Struktur der Volksschule wirkenden Lehrern ist der Besitzstand zu garantieren.

Keine Diskussion.

11. Der BLV lehnt eine «Orientierungsstufe» ab.

Guy Lévy (BSV) vergleicht mit der Romandie und will diesen Punkt gestrichen haben.

Hans Ulrich Wyler (KV) verweist auf den Beschluss der a. o. AV vom Dezember 1982 und bekämpft den Antrag, welcher mit grossem Mehr abgelehnt wird. Danach genehmigt das Lehrerparlament Punkt 11.

13. Für die Vorbereitung der Schüler der Sekundarstufe I auf die verschiedenen Mittelschulen sind verschiedenartige Organisationsformen offen zu lassen, wobei jede Privilegierung eines Bildungsweges zu vermeiden ist.

14. Da den verschiedenartigen Organisationsformen auch verschiedenartige Selektionsverfahren entsprechen, lehnt der BLV eine überall geltende Einheitsregelung ab. Dem Urteil der abgegebenen Schule ist bei allen Regelungen gebührend Rechnung zu tragen.

15. Der BLV begrüsst gesetzliche Regelungen für Schulen im Anschluss an die obligatorische Schulzeit, welche die Berufswahlreife fördern (Berufswahl- und Werkklassen), Laufbahnentscheide korrigieren helfen (Weiterbildungs- und Anschlussklassen), sowie ohne Besuch von Gymnasien anspruchsvollere Berufslehren ermöglichen (Diplommittelschulen).

16. Der BLV begrüsst es, wenn den Absolventen höherer Mittelschulen neben dem Hauptziel (Hochschulzugang für Gymnasien, Lehrerdiplom für Seminare) auch der Zugang zu anderen Berufen offen steht. Er befürwortet den Hochschulzugang für die Absolventen der Lehrerseminare.

Zu diesen Vorschlägen wird das Wort nicht verlangt.

17. Das Gymnasium als höhere Mittelschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an. Für Berufstätige ist ein Erwachsenengymnasium zu schaffen.

Dr. Arthur Reber (BGV) begründet seinen Antrag («Das Gymnasium... schliesst an das 8. oder 9. Schuljahr an...»): Die Formulierung sei zu starr, widerspreche Punkt 13, müsse für alle Regionen gelten und das rasche Erreichen des Maturitätsziels ermöglichen.

Andreas Gerber (BMV) bekämpft den Antrag.

Dr. Ernst Grütter (KV) verweist auf den Widerspruch zwischen Antrag Reber und Punkt 13.

Peter Wagner (Bern-Stadt) befürwortet den Antrag Reber, da er beide Möglichkeiten des Übertritts offen halte.

Dr. Arthur Reber (BGV) stellt nun den Antrag, den ersten Satz zu streichen, was die Delegierten mit 50:11 Stimmen annehmen.

Danach wird der zweite Satz von Punkt 17 unverändert akzeptiert.

18. Der BLV lehnt sowohl eine Vereinheitlichung als auch eine immer weitere Differenzierung der Maturitätstypen ab und befürwortet eine beschränkte Anzahl verschiedenartiger Ausprägungen des Gymnasiums.

19. Für die Gymnasien ist die bisherige Trägerschaft und Autonomie der Sitzgemeinden beizubehalten.

20. Mit fortlaufendem Ausbau der Grundausbildung kann der gegenwärtigen Entwicklung auf allen Gebieten nicht mehr voll Rechnung getragen werden. Der BLV befürwortet darum den Ausbau der Erwachsenenbildung im Sinne des lebenslangen Lernens und den Erlass eines Erwachsenenbildungsgesetzes als ein vordringliches Anliegen.

21. Verschiedene Reformvorschläge kann der BLV erst richtig beurteilen, wenn ihre Konsequenzen für die Lehrerbildung und für die Anstellungsverhältnisse der Lehrer klar sind. Er fordert daher das Vorlegen der Gesamtkonzeption Lehrerbildung vor dem Erlass von neuen Gesetzen, welche darauf Bezug haben.

22. Bei der Lehrerbildung ist den gemeinsamen Anforderungen aller Lehrerkategorien angemessen Rechnung zu tragen. Insbesondere ist für die Lehrer der Volksschule ein beruflicher, sozialer und wirtschaftlicher Ausgleich anzustreben.

23. Der BLV befürwortet eine kantonale Regelung der Lehrerbeseetzungen und im Grundsatz den im Besoldungsgesetz enthaltenen Lastenausgleich zwischen reichen und armen Gemeinden.

Keine Wortbegehren.

Der Präsident verzichtet auf eine formelle Schlussabstimmung, da ein wesentlicher Teil des Entwurfs offengelassen worden ist.

Unter Traktandum 8, **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**, fällt eine Abstimmungsempfehlung zugunsten des IFZ-Tramelan, welche einstimmig (bei 5 Enthaltungen) angenommen wird.

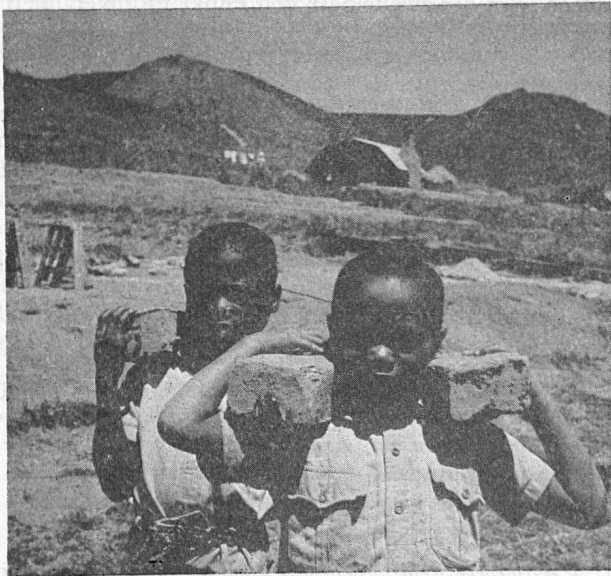
Jean-François Wälschli (Bienne-La Neuveville) ist besorgt über die zunehmende *Lehrerarbeitslosigkeit*. Er verlangt vom KV, dass er dieses Thema, verbunden mit den Wiederwahlen 1986, auf die Traktandenliste der nächsten AV setze. Gleichzeitig verlangt er von der Vereinsleitung Anstrengungen zur wirksamen Durchsetzung von bereits veröffentlichten Massnahmen.

Hans Ulrich Wyler nimmt als Präsident des Kantonalvorstandes den Antrag entgegen und verweist gleichzeitig auf das bei den Sektionen in der Vernehmlassung stehende Arbeitspapier.

Mit dem Dank an alle Beteiligten schliesst der Vorsitzende die Beratungen um 17.45 Uhr.

Der Berichterstatter: Christian Jaberg

24 Jahre Nyafaru-Schulhilfe BLV 1961-1985 Schlussbericht



Brief des Präsidenten der Nyafaru-Schulhilfe

Grosshöchstetten, den 31. Dezember 1984

An den Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins

Rückgabe des Nyafaru-Mandats auf 31. Januar 1985

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich teile Ihnen mit, dass das Nyafarukomitee BLV an seiner Sitzung vom 29. November 1984 beschlossen hat, die Nyafaru-Schulhilfe auf 31. Januar 1985 zu beenden. Unser Mandat geht somit wieder an den Kantonalvorstand des BLV zurück.

An der Abgeordnetenversammlung vom 3. Mai 1961 wurde der Kantonalvorstand dazu ermächtigt, «eine Aktion in die Wege zu leiten, die einzelnen Sektionen oder andern Teilen der bernischen Lehrerschaft Gelegenheit gibt, sich freiwillig und direkt am Aufbau der Nyafaruschule in Südrhodesien (Zimbabwe) zu beteiligen».

Seit 23 Jahren bin ich nun für dieses Werk verantwortlich. In dieser Zeit haben wir 425 000 Franken gesammelt. Damit konnten wir helfen, eine Afrikanerschule im Bergland aufzubauen, während des Bürgerkrieges in Rhodesien vielen Schülern weitere Gelegenheit zu geben, in Missionsschulen unterzukommen und seit der Unabhängigkeit des Landes den Wiederaufbau der Schule zu ermöglichen.

Heute ist Nyafaru vom Staat anerkannt und subventioniert. Obwohl noch vieles fehlt, was für unsere Vorstellungen absolut notwendig wäre (zum Beispiel etliche Klassenzimmer und Lehrerhäuser), ist die Schule doch lebensfähig. Die bernische Lehrerschaft wurde im vergangenen Jahr verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, dass wir zur Weiterführung der Hilfe ein junges, dynamisches Leiterteam nötig hätten. Die Appelle waren erfolglos. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Aktion zu beenden.

Ich werde im Berner Schulblatt Nr. 2 einen *Schlussbericht über Nyafaru* veröffentlichen und darin auch meiner *Hoffnung* Ausdruck geben, dass die *Auslandhilfe des BLV in anderer Form bald weitergebe*. Vielleicht finden sich ein paar Lehrkräfte im BLV, die bereits als Mitarbeiter in einem bestehenden Hilfswerk (Swissaid, Helvetas) tätig sind, eine weitere Schule in der Dritten Welt vorschlagen und ein entsprechendes Hilfswerk aufziehen könnten.

Ende Januar werden wir den Rest auf dem PC-Konto (etwa 20 000 Franken) der Nyafaruschule für den Bau eines weiteren Klassenraumes überweisen. Was nach dem 31. Januar auf dem PC eintrifft, soll einem eventuellen neuen Werk zugute kommen oder nochmals nach Nyafaru geschickt werden.

Ich möchte nicht versäumen, den Organen des BLV (Kantonalvorstand, Zentralsekretär und Büro, Redaktoren BS, Revisoren), dem Kassier Martin Rolli und Frau Ursula und den andern Mitarbeitern des Nyafarukomitees für ihre langjährige Unterstützung zu danken. Ich hoffe, dass die Nyafaru-Schulhilfe in mancher Schulstube den Gedanken der aktiven Nächstenliebe und das Verständnis für die Not in der Welt geweckt hat.

In diesem Sinn trete ich mein Amt ab und grüsse Sie freundlich

Ueli Lüthi

Nyafaru-Schulhilfe BLV

Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse 1961-1985

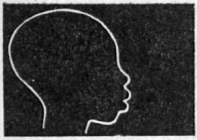


1960 wird vom Engländer Guy Clutton-Brock die Partnerschaftsfarm Nyafaru (übersetzt: «der Ort, wo die Menschen glücklich miteinander leben») im südrhodesischen Bergtal gegen Mozambique zu gegründet. Bald darauf wird mit dem Bau eines ersten Schulhauses für 45 Schüler der Nyafarufarm und einiger Familien aus dem umliegenden Stamm der Tangwenas begonnen. Die Schüler schreiben ihre ersten Buchstaben in den Sand.



1961 beschliesst die Abgeordnetenversammlung des BLV, die Nyafaruschule zu unterstützen. Die Unkosten übernimmt der Verein. Es soll jeder Franken direkt der Schule zugute kommen. Zwei Sektionen melden sich spontan für die Aktion. Während der nächsten fünf Jahre entsteht unter Mithilfe der Berner Schulen und des FEPA-Hilfswerks jeweils ein neuer Schulraum für eine neueröffnete Klasse. Die Eltern und Schüler helfen beim Schulhausbau mit. Die Schülerzahl beträgt jetzt 194. Die Schüler sollen neben den Schulfächern auch in praktischen Arbeiten und im Gartenbau unterrichtet werden. So möchte man der Abwanderung in die Stadt begegnen.

Die Entwicklungsfarm Nyafaru unter Schwarz-weisser Leitung ist den weissen rassistischen Behörden des Landes von Anfang an ein Dorn im Auge.



1965 werden die ersten einheimischen Tangwenafamilien aus der Umgebung Nyafarus aufgefordert, ihr angestammtes Land zu verlassen und in ein Reservat zu ziehen, da das Stammesgebiet nach dem rhodesischen Landverteilungsge-

setz den Weissen zugeteilt ist. Häuptling Rekayi Tangwena ruft zum gewaltlosen Widerstand auf. *Nyafaru wird zum Symbol der Freiheit.*

1968 ist die Schule mit 250 Schülern zur siebenklassigen Primarschule ausgebaut. (Die meisten Afrikaner dürfen nur fünf Jahre zur Schule gehen!)



1971 wird Nyafaru zum Zufluchtsort für zahlreiche Tangwenas. Sie wollen auf ihrem Land bleiben. Ihre Hütten werden von Regierungstruppen mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht. Die Nyafaruschule wird von der weissen

Regierung offiziell geschlossen. Viele flüchten nach Mozambique. Für ihre Kinder hat man Platz in Missionsschulen der Umgebung gefunden. Die Nyafaru-Schulhilfe bezahlt jahrelang ihr Schulgeld. Persönliche Patenschaften für Schüler werden von bernischen Schulklassen übernommen.

Unterdessen lebt die Gemeinschaftsfarm Nyafaru weiter. Sie wird von einigen Familien und etwa 50 schulentlassenen Jugendlichen als Kubbuz weitergeführt. Der Bürgerkrieg der Regierung gegen die schwarzen Rebellen weitet sich aus. *Der schwarze Bürgerrechtskämpfer Didymus Mutasa, Präsident des Nyafarudirektoriums, wird in Salisbury inhaftiert, 1972 jedoch nach zwei Jahren Haft durch Intervention von Amnesty International aus dem Gefängnis entlassen und des Landes verwiesen.* Auf seiner Reise ins Exil nach Grossbritannien besucht er den BLV. Der Berner Lehrer Ueli Haller arbeitet für einige Zeit in Nyafaru.



1975 kommt der Farmleiter Moven Mahachi wegen Kontakten zu den Rebellen ins Gefängnis. Der Kantonalvorstand BLV setzt sich in einem persönlichen Brief an den Regierungschef Jan Smith für den Gefangenen ein. Die Todesstrafe wird ab-

gewendet, später lässt man Moven frei und weist ihn aus. Er besucht uns ebenfalls.



1. Mai 1976: Sicherheitskräfte der rhodesischen Armee beschlagnahmen die Nyafarufarm. Vieh und Fahrhabe können rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Nyafaru wird vier Jahre lang ein Militärlager. Die Bäume werden abgeholzt, die Gebäude

zum Teil zerstört.

Erneuter Besuch von Didymus Mutasa in Bern. Eine Sammelaktion unter den Berner Lehrern erbringt in zwei Monaten 30000 Franken. Die Hilfe an die externen Nyafaruschüler in den Missionsschulen kann weiter-

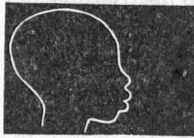
gehen. Besonders der ehemalige Headmaster Stephen Matewa nimmt sich der elternlosen Kinder an. Verschiedene Missionsschulen geraten ins Kriegsgebiet.



1980: Ende des Bürgerkrieges. Mugabe übernimmt für die schwarze Mehrheit die Regierung in Zimbabwe. Didymus Mutasa wird Minister und Speaker of the Parliament, Moven Mahachi Minister für Resettlement und Häuptling

Rekayi Tangwena Senator.

Wiederaufbau der Farm und der Schule von Nyafaru durch die Mithilfe verschiedener Hilfswerke. Die Bevölkerung kehrt aus Mozambique zurück und baut die Dörfer wieder auf. Kleidersammlung BLV. Das Beispiel der Kooperativfarm Nyafaru macht Schule in Zimbabwe. Die Schülerzahlen steigen schlagartig. Nyafaru wird Bezirks-Hauptschule mit 1100 Schülern, davon 350 Sekundarschülern.



1983: Sammlung für Schulpulte und Bänke. Nach zwei Aufrufen ist das gesteckte Ziel von 20000 Franken erreicht.

31. Januar 1985: Rückgabe des Nyafaru-Mandates an den Kantonalvorstand BLV. Ende der Aktion. Gesamt-

melt: Total 425000 Franken in 24 Jahren.

Wird die Auslandhilfe BLV in anderer Form weitergehen?

Ueli Lüthi, Grosshöchstetten

Von Münchenbuchsee auf die Lerbermatte

chj. Anlässlich der Jahrestagung der «Vereinigung ehemaliger Schüler des Staatsseminars Bern-Hofwil» zeichnete Dr. Anton Lindgren den Weg des Seminars von Münchenbuchsee auf die Lerbermatte nach. Einen Teil des Vortrags widmete der Referent dem Thema «Lehrermangel und Lehrerüberfluss». Angesichts der schwierigen Lage auf dem «Lehrerstellenmarkt» sind die Ausführungen des ehemaligen Seminarlehrers besonders interessant.

Nachdem der Redner auf seiner Wanderung auf der Lerbermatte angelangt war, schickte er sich an, die gesammelten Erfahrungen auszuwerten:

«Vorweg anerkennen wir als eine der grossen Leistungen des letzten Jahrhunderts, dass es Kindern und Jugendlichen eine Zeit der Musse verschaffte und diese Zeit zur Förderung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten nutzte: die Kinderarbeit wurde zurückgedrängt, der Schulbesuch obligatorisch. Für den Staat, der das Obligatorium vorschrieb und kontrollierte, ergab sich die Pflicht, es auch zu bewirtschaften. Sie kennen alle das hiezu geschaffene Instrumentarium vom Reglement für den Schulhausbau über den Lehrplan, die obligatorischen Lehrmittel bis hin zur Absenzenkontrolle.

Das Eingespanntsein in die Kette der Bewirtschaftungseinrichtungen für den obligatorischen Schulbesuch der Jugend setzt die Berufsschule Seminar – welche für die

Bereitstellung einer genügenden Anzahl vorbereiteter Lehrer zu sorgen hat – dauernd dem Urteil der gesamten Bevölkerung aus, die den dort ausgebildeten und vom Staat patentierten Lehrern ihre Kinder zur Schulung und Erziehung anvertrauen muss.

Das Seminar als Berufsschule ist naturgemäss auch heute noch in ganz anderem Masse der Kritik ausgesetzt und ins politische Spannungsfeld einbezogen als sein Nachbar auf der Lerbermatte, das Gymnasium. Beide begleiten den gleichen Lebensabschnitt der ihnen anvertrauten Schüler und haben ein Stück weit die gleiche Aufgabe, nämlich junge Menschen durch die Begegnung mit dem Bildungsgut höherer Mittelschulen zu fördern. Das Gymnasium muss für das Studium an der Universität befähigen, das Seminar muss für die Ausübung des Lehrerberufs befähigen und darüber hinaus in gewissem Masse auch den Zugang zur Universität öffnen.

Das Seminar verliert sein Existenzrecht, wenn es als Berufsschule versagt, es kann jedoch auch dann weiterbestehen, wenn es den Zugang zur Universität nicht beliebig öffnet. Von den Anforderungen des Berufes her erhält es seine *Eigengesetzlichkeit*, die seinen Weg von dem des Gymnasiums verschieden werden lässt. Mir scheint, es könne sich auf der Lerbermatte bei gutem nachbarlichem Verhältnis aus der Anerkennung der beiderseitigen Eigengesetzlichkeiten ein für die Bildungstheorie fruchtbares Gespräch ergeben.

Die Aufgabe, jederzeit die für die Bewirtschaftung des Obligatoriums nötige Anzahl von Lehrern bereitzustellen, hat sich während 150 Jahren für das Seminar als eine Crux erwiesen. Lehrermangel und Lehrerüberfluss haben abwechselnd beeinträchtigend auf die Unterrichtssituation eingewirkt. Dies ganz einfach, weil es unmöglich ist, mit einem System, das frühestens nach vier und jetzt dann nach fünf Jahren eine Reaktion zeigen kann, kurzfristiger auftauchende Bedürfnisse zu befriedigen.

Wirksamer und rascher reagieren könnte man, wenn man das Gleichgewicht von Bedarf und Angebot nicht nur auf der Produktionsseite, sondern auch auf der Bedarfsseite anstreben würde. Dies könnte durch die Regulierung der durchschnittlichen Klassengrösse geschehen. Wenn 100000 Kinder die Primarschule besuchen, braucht es bei durchschnittlich 20 Kindern pro Klasse insgesamt 5000 Lehrkräfte. Würde der Durchschnitt 21 statt 20 Kinder ausmachen, so würde man 238 Lehrer weniger benötigen. Würde man statt 20 nur 19 Kinder pro Klasse einteilen, so würde man 263 Lehrkräfte mehr benötigen. Praktisch wären diese Resultate nur in Ballungszentren und nur annähernd zu erreichen. *Mir scheint, man müsste trotzdem künftig Lösungen auch in dieser Richtung suchen und Populationsschwankungen mit diesem Mittel so lange auffangen, bis die Ausbildungsstätten, welche ja nun reichlich vorhanden sind, auf normalem Wege den Lehrbedarf decken können.*

Die qualitativen Anforderungen an die Lehrer bedingen schrittweise eine Verlängerung der Ausbildungszeit und die Ergänzung des Seminars durch Übungsschulen als Lehrwerkstätten für die berufliche Ausbildung der angehenden Schulmeister.

Wenn man vor dem Zweiten Weltkrieg noch glaubte, durch die Einführung eines fünften Seminarjahres eine den Anforderungen der Zeit genügende Lehrerbildung zu erhalten, so tauchten nach dem Krieg schon bald Zweifel auf, ob ein Ausbildungsmodell, das sich mit

Grundbildung ohne Fortbildung behelf, dem Lehrer wirklich diefen könne; um in einem Zeitalter, das durch den immer rascheren Umweltwandel charakterisiert ist, zurechtzukommen.»

Dr. Lindgren blendete dann auf Thomas Ignaz Scherr, einen früheren Seminardirektor und massgeblichen Schöpfer des Bildungssystems der Regenerationszeit, zurück und gab zu bedenken:

«Scherr stellte als erster fest, ein Zweitakt-Bildungssystem mit Schulung im Jugendalter und Anwendung ohne Fortbildung im Erwachsenenalter könne dem menschlichen Reifungsprozess, der mit dem Abschluss des Körperwachstums nicht zum Stillstand kommt, nicht hinreichend begleiten. Er sah auch, dass dies stets zum Versuch zwingen würde, Bildungsbedürfnisse des Erwachsenenalters in der Schulzeit der Jugend zu befriedigen. Die dadurch bedingte Stoffüberhäufung und Verfrühung gewisser Begegnungen mit Bildungsgütern und Problemen ist uns allen bekannt. Das dadurch ebenfalls bedingte Lernen auf Vorrat wird heute von den Jugendlichen, die den Umweltwandel spüren und an der künftigen Anwendungsmöglichkeit des Gelernten zweifeln, deutlicher abgelehnt, als wir dies vor dem Zweiten Weltkrieg noch taten.

Die Idee, das Zweitakt-Bildungssystem müsse durch ein Kontinuumssystem der Bildung, in dem jeder jederzeit das lernen kann, was er braucht, ersetzt werden, leuchtet uns im Blick auf den Umweltwandel, der unsere Existenz mitbestimmt, sicher eher ein als Scherrs Zeitgenossen.

Fortbildung begleitete die Lehrerbildung von Anfang an in irgendeiner Form. Das Dekret von 1970 über die Fortbildung der Lehrerschaft hat mit der Schaffung der Zentralstelle für Lehrerfortbildung und deren guter finanzieller Dotierung sowohl die *Education permanente* für Lehrpersonen ermöglicht wie für die Grundbildung der Lehrer eine neue Lage geschaffen.

Die Einrichtungen für Grund- und Fortbildung von Lehrern sind nun auf der Lerbermatte – gleichsam als Erfüllung der Postulate von Scherr – unter einem Dach beisammen. Das ist gut, aber es nützt nichts, wenn nicht jetzt ein Gespräch anhebt zwischen beiden, um zu sehen, was unbedingt in die Grundbildung gehört und was besser in der Fortbildung angesiedelt wird. Das ist der Anfang für die Beantwortung der allgemeineren Frage, welche Aufgaben künftig im Kontinuumssystem der Bildung, wo jeder jederzeit das lernen kann, was er braucht, von der Grundschule für die Jugend übernommen werden sollen und welche besser der Erwachsenenbildung anzuvertrauen sind. Nur so lässt sich der schon 1842 vorausgesehene verhängnisvolle Stoffdruck trotz einer stark sich wandelnden Umwelt mildern und die obligatorische Schulzeit so gestalten, dass die Jugend wieder, wie Comenius sagte, 'von der Süsse der Studien unwiderstehlich angezogen wird'.

* * *

(Nachwort des Redaktors: Mir scheint, in der im Aufbau begriffenen Erwachsenenbildung könnten grosse Beschäftigungsmöglichkeiten frei werden. Bäte sich hier nicht erfahrenen Mittelschullehrern die Gelegenheit, durch «nebenamtliche» und ans Vollpensum angerechnete Tätigkeit arbeitslosen Junglehrern zu einer Anstellung zu verhelfen?

Was meinen Betroffene und ED dazu

Ihre Stellungnahme lesen Sie in BS Nr. 3)

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Tätigkeitsbericht 1984

über die Arbeit des Vorstandes, erstattet durch den Präsidenten an der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 1984 in Bern.

1 Der Verein

1.1 Mitglieder

Der BGV zählt zur Zeit laut Mitgliederlisten einschliesslich Neuaufnahmen 425 Mitglieder.

1.2 Vorstand

1.2.1 Zusammensetzung

Jedes Gymnasium des Kantons ist durch ein Mitglied vertreten.

1.2.2 Das weitere Umfeld des Vorstandes

Der BGV hat eine stattliche Zahl von Mitgliedern als Delegierte in *Kommissionen*, Arbeitsgruppen, Fachausschüssen usw. Präsident, Vorstand und Delegierte pflegen Beziehungen zum Verein Schweizerischer Gymnasiallehrer (VSG) und zum Bernischen Lehrerverein (BLV) sowie zu Behörden und Öffentlichkeit. Hervorzuheben ist zudem die Existenz zahlreicher *Fachschaften* des BGV, die jederzeit für fachbezogene Fragen zur Verfügung stehen.

1.2.3 Sitzungen

Seit der Delegiertenversammlung 1983 hat der Vorstand fünf halbtägige Sitzungen und zahlreiche Einzelbesprechungen durchgeführt.

2 Beteiligung an Vernehmlassungsverfahren

2.1 Mittelschulreglement

Revision des Reglementes über die Mittelschulen beziehungsweise Vernehmlassung zum Entwurf der Erziehungsdirektion zu einer neuen *Mittelschulverordnung*: Rückweisung, Mitarbeit des Präsidenten in einer Arbeitsgruppe des BLV zur Neufassung der unbefriedigenden Vorlage der Erziehungsdirektion.

2.2 Stellungnahmen zu Vorstössen im Grossen Rat

Motion Zürcher Gwatt betreffend Massnahmen gegen die *Lehrerarbeitslosigkeit*. Unterstützung (siehe auch Abschnitt 3.3).

Motion Schneider Hinterkappelen betreffend die *Einführung von Volkswirtschaftslehre als obligatorisches Fach an den Lehrerseminaren und Gymnasien*. Ablehnung eines Obligatoriums an den Literar- und Realgymnasien. Angebot allenfalls fakultativ. Förderung der Lehrerfortbildung.

Zur Motion Kuffer (*Numerus clausus, ziel- und fachbezogene Prüfungen zur Aufnahme an die Universität*) und zum Postulat Siegenthaler (*Studienzeitbeschränkungen durch regelmässige Zwischenprüfungen*) sind wir nicht befragt worden. Wir bringen unsere Haltung im Rahmen der DV 84 der Öffentlichkeit zur Kenntnis.

2.3 MAV-Revision

VSG intern: erste Stellungnahme zu einem neuen MAV-Artikel 7 (mittelfristige MAV-Revision in Arbeit).

Vorbereitung der Vernehmlassung zur kurzfristigen MAV-Revision (Eingaben bis zum 21. Dezember 1984 an den Präsidenten des BGV, Verabschiedung im BGV-Vorstand zuhanden des VSG am 10. Januar 1985).

2.4 Gesamtrevision Bildungsgesetzgebung (GBG)

Die Stellungnahme unseres Vorstandes zum Antrag des Regierungsrates an den Grossen Rat (Sondernummer des Amtlichen Schulblattes des Kantons Bern vom 19. September 1984) deckt sich mit unserer Vernehmlassung, wie sie in der DV vom 3. November 1982 mit 60 zu zwei Stimmen verabschiedet worden ist. Mit Rücksicht auf die hängigen Fragen im Zusammenhang mit der laufenden MAV-Revision und der bevorstehenden eidgenössischen Volksabstimmung zum Schuljahrsbeginn 1985 (Dauer der Oberstufe des Gymnasiums) bemühen wir uns um eine Rückstellung der Fragen, die das Gymnasium betreffen.

3 Die Situation auf dem Stellenmarkt für Inhaber des Gymnasiallehrerpatentes | Anstellungsbedingungen

3.1 Klassengrössen am Gymnasium

Aufgrund einer (dritten) Umfrage stellen wir fest, dass 45 von 301 Klassen an den Gymnasien des Kantons Bern 25 und mehr Schüler zählen! 30 weitere Klassen zählen 24 Schüler, 22 Klassen 23 Schüler, 29 Klassen 22 Schüler. Der BGV bemüht sich in Zusammenarbeit mit dem BLV und dem VSG um eine – längst fällige – Korrektur. Für den Vorstand des BGV hat dieses Geschäft erste Priorität.

3.2 Bezahlte Fortbildungsurlaube

Teilerfolg durch die Gewährung einer kleinen Zahl von verkürzten bezahlten Fortbildungsurlauben (neun Wochen) während der Zeit der Sistierung aufgrund der Sparbeschlüsse (1984–86).

3.3 Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit

Unterstützung der Bemühungen im Grossen Rat (siehe 2.2 Motion Zürcher Gwatt), im BLV (Arbeitsgruppe unter Mitwirkung unseres KV Vertreters Dr. Christoph Zürcher, Biel) und im VSG (Präsident BGV).

3.4 Altersentlastung

Eine Lösung zugunsten von Lehrern mit Teilpensen ist verbindlich zugesichert, unterdessen auch seitens der Finanzdirektion. Wirksam voraussichtlich auf Frühjahr 1986.

4 Pädagogisches, Fort- und Weiterbildung

4.1 Rekursfragen

Zu einer Aussprache der KRK mit den Juristen der Erziehungsdirektion, im Zusammenhang mit Rekursfällen, fordert der Vorstand des BGV bezüglich der sogenannten transparenteren Beurteilung des mündlichen Unterrichtes an Gymnasien, dass pädagogische Erwägungen nicht durch verwaltungsrechtliche verdrängt werden und das Recht der Lehrer auf angemessene Orientierung über den Inhalt von Beschwerden (Rekurse gegen Zeugnis- und Prüfungsnoten, Beschwerden betreffend die Unterrichtsführung) über die Schulleitung sichergestellt wird.

4.2 Projektgruppe Gymnasiallehrerfortbildung

Noch unter der Leitung von Walter Berger wird die Projektgruppe Gymnasiallehrerfortbildung der Zentralstelle für Lehrerfortbildung der Erziehungsdirektion auf Antrag der BGV-Vertreter erweitert. Die Erweiterung wird nach dem tragischen Tod Walter Bergers weitergeführt, und Markus Steiger, Gymnasium Interlaken, wird auf Antrag des BGV Vorstandes durch die Erziehungsdirektion zum neuen Leiter bestimmt.

Diese hielt sich auch im vergangenen Jahr im üblichen Rahmen. Der Präsident des BGV leitet eine Arbeitsgruppe Langzeitgymnasium des VSG, die sich um die Erhaltung der Untergymnasien bemüht.

6 *Gymnasiums-Kommissionen der Erziehungsdirektion*

Die Erziehungsdirektion hat einen Antrag des BGV-Vorstandes auf Einsitznahme von zwei BGV-Vertretern in eine neugegründete *Kommission Gymnasium für Lehrplan- und Stundentafelfragen* abgelehnt. Obwohl wir in der KHL und in der KGU vertreten sind, arbeitet die Erziehungsdirektion verschiedentlich mit Projektgruppen, die ausschliesslich gymnasiale Fragen behandeln, ohne uns beizuziehen. Eine Überprüfung der «Kommissionenfrage» ist eingeleitet.

*

Abschliessend möchte ich allen Mitgliedern des BGV und ganz besonders dem Vorstand herzlich danken für das Vertrauen und die Unterstützung, die Sie mir während meines vierten Amtsjahres gewährleistet haben.

Der Präsident des BGV:

Dr. Arthur Reber, 2500 Biel

Die Kaminfeger-Story – eine Endlos-Geschichte

Ich habe den Kaminfegerartikel vom 21. Dezember 1984 mit Genuss gelesen. Er hat mich erheitert und gleichzeitig zum Nachdenken angeregt. Die Geschichte vom «Zurück zum Einfachen» ist schön. Schön wäre es, wenn es im Leben so einfach wäre.

Der Bäcker bäckt, der Schreiner schreinert, der Kaminfeger russt, der Schulmeister schulmeistert... und schon blüht die Kultur wie nie zuvor.

Ich habe mir eine mögliche Fortsetzung der Geschichte ausgedacht.

So russten die Kaminfeger denn fröhlich drauflos, dachten nicht viel dabei und waren glücklich. Hauptsache war: Es wird gerusst! Sie sangen Russ-Lieder mit dem Refrain «Russe nur, dann blüht Kultur». Sie russten, auch wenn es nichts zu russten gab, aus reiner Freude am Russen. Einige wenige meinten: «Russen ist gut und nötig, aber wir sollten uns doch genau überlegen, wann und wie wir russten.» Man erwiderte ihnen: «Taten statt Worte!» Fast alle waren so erfüllt von ihrer Russ-Lust, dass sie keine Zeit fanden, mit den Menschen in den Häusern zu reden. So merkten sie nicht, dass sie in ihrem Eifer die Kaminwände mit den Kratzbürsten fast durchgescheuert hatten. Giftiger Rauch drang in die Stuben. Die Menschen begannen zu husten, einige serbelten dahin. Die Kaminfeger jedoch russten fröhlich weiter. Eines Tages kam ein ganz schwarzer Kaminfeger aus Kafari, ging zu den hüstelnden Menschen, prüfte die Kamine und sprach: «Hört, Kaminfegermeister, ihr müsst lernen, mit Gefühl zu russten, auch mit Köpfchen – nicht so blindlings drauflos wie bisher – und eines ist wichtig – russt nur, wenn es wirklich nötig ist.»

Da staunten die Kaminfegermeister, und darauf begannen sie, darüber nachzudenken, dass das Drauflos-Rus-

sen sie selber wohl glücklich machte, vielen Menschen aber gar nicht so gut tat. Diese Erkenntnis tat ihnen weh und machte sie unsicher.

Zu hoffen wäre, dass sie aus diesem Nachdenken etwas gelernt haben.

Hans Gerber, Spiez

Sammlung unter der Schuljugend zugunsten der Hohlen Gasse

Bis Ende 1984 sind von 14 verschiedenen Schulklassen und Schulen 987 Franken auf unser Spendenkonto überwiesen worden. Dafür danken wir allen Spendern ganz herzlich. Wir wissen, dass es ja nicht nur damit getan ist, einen Einzahlungsschein auszufüllen und Geld einzuzahlen, sondern dass die Spende zum Gegenstand eines Unterrichtsgesprächs gemacht wird. Im Amtlichen Schulblatt Nr. 12 vom 28. September 1984 haben wir darüber orientiert. In der Hoffnung, dass noch einige Schulklassen mithelfen wollen, dass die Hohle Gasse auch weiterhin in gutem Zustand der Schweizer Schuljugend gehört, schliessen wir die Sammlung noch nicht ab.

Nochmals geben wir das Konto bekannt und wünschen der Sammlung gutes Gelingen:

30-406

Kantonsbuchhaltere
Bern

mit dem Vermerk auf der Rückseite:

zugunsten Konto Nr. 2.7.2002.1

Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Sammlung der Schuljugend zugunsten der Hohlen Gasse

Einzahlungsscheine können auch bei folgenden Adressen bezogen werden:

- Erziehungsdirektion, Abteilung Unterricht
Sulgeneckstrasse 70
3005 Bern
Telefon 031 46 85 11
- Sekretariat des Bernischen Lehrervereins
Brunngasse 16
3011 Bern
Telefon 031 22 34 16

Sport und Epilepsie

Auch wenn es Richtlinien gibt über die Eignung verschiedener Sportarten für Epilepsiekranken, muss der Entscheid vom Patienten, Eltern und Arzt unter Abwägung von Wünschen und Risiken gemeinsam getragen werden.

An einer Tagung der Schweizerischen Vereinigung der Eltern epilepsiekranker Kinder (SVEEK) wurden Möglichkeiten in Judo, Schwimmen und bei den Pfadfindern vorgestellt. Betroffene Eltern und weitere Interessenten erhalten die Schwimmspiele, Zusammenfassungen der Referate und wichtige Adressen bei SVEEK, Bergstrasse 13, 8155 Niederhasli, Telefon 01 850 35 70.



Bernische Lehrerversicherungskasse

Im Berner Schulblatt Nr. 25 vom 7. Dezember 1984 informierten wir Sie über das Inkrafttreten und die Auswirkungen des neuen Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG).

Nachstehend veröffentlichen wir nun die Übergangsregelung zum Vollzug des BVG, welche die Statuten der Lehrerversicherungskasse ab 1. Januar 1985 ergänzt.

Übergangsregelung zum Vollzug der Bundesgesetzgebung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) im Rahmen der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK)

Die Verwaltungskommission der BLVK, gestützt auf Artikel 9 des Dekretes über die BLVK vom 17. September 1973 sowie den Beschluss der Delegiertenversammlung der BLVK vom 20. Juni 1984 beschliesst:

1. Zweck

Die Übergangsregelung soll es der BLVK ermöglichen, sich provisorisch in das Register für die berufliche Vorsorge gemäss Artikel 93 BVG eintragen zu lassen und das Bundesgesetz im Rahmen ihrer eigenen Bestimmungen zu vollziehen.

2. Grundsatz

Die BLVK wird soweit nach den geltenden Bestimmungen weitergeführt, als diese den Bestimmungen des BGV nicht widersprechen. Die Bestimmungen der BLVK werden so ergänzt, dass die Vorschriften des BVG mindestens erfüllt werden.

3. Mitglieder

Ausser den Artikel 1 des Dekretes und Artikel 2 der Statuten genannten Lehrern und Angestellten, haben gemäss Artikel 2 BVG der Kasse beizutreten:

- a) Lehrer und Angestellte, welche definitiv oder provisorisch für mehr als drei Monate an die in Artikel 2 der Statuten aufgeführten Institutionen gewählt sind und deren Besoldung das in Artikel 2 BVG festgesetzte Minimum übersteigt oder deren Beschäftigungsgrad 34 % der Pflichtlektionenverordnung erreicht.
- b) Die für mehr als drei Monate an diese Institutionen gewählten Stellvertreter und Lehrer, die nicht regelmässig während des ganzen Semesters Unterricht erteilen und deren nach Artikel 2 BVV2 aufgerechnete Jahresbesoldung das in Artikel 2 BVG festgesetzte Minimum übersteigt oder deren Beschäftigungsgrad 34 % der Pflichtlektionenordnung erreicht.

Von der Versicherung ausgeschlossen sind die in Artikel 1 BVV2 genannten Arbeitnehmer.

Die freiwillige Versicherung von Arbeitnehmern im Dienste mehrerer Arbeitgeber (Artikel 46 BVG) bei der BLVK wird nur zugelassen, sofern die betreffenden

Arbeitgeber dieser Kasse oder der Versicherungskasse des bernischen Staatspersonals angeschlossen sind. Die beiden Kassenverwaltungen bestimmen in gegenseitiger Absprache, bei welcher Kasse die freiwillige Versicherung geführt wird.

4. Sonderregelung für Stellvertreter und Lehrer, die nicht regelmässig während des ganzen Semesters Unterricht erteilen

Diese Lehrerkategorien werden ausschliesslich in die Sparkasse aufgenommen. Bei einer späteren provisorischen oder definitiven Wahl an eine Lehrstelle ist der Übertritt in die Rentenversicherung gemäss Artikel 65 der Statuten gewährleistet.

Die freiwillige Versicherung gemäss Artikel 46 und Artikel 47 BVG ist für die erwähnten Lehrerkategorien bei der BLVK ausgeschlossen.

5. Ende der Versicherung

Für die Risiken Tod und Invalidität bleibt der Versicherte gemäss Artikel 10 BVG und entgegen Artikel 3 der Statuten während 30 Tagen nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses versichert.

Die freiwillige Weiterführung der Versicherung gemäss Artikel 47 BVG ist nur im Rahmen der Artikel 4, 5 und 11 der Statuten möglich.

6. Rechtsmittel

Artikel 9, Abs. 1, Artikel 58 und 59 der Statuten werden aufgehoben und die Rekurskommission aufgelöst. Artikel 48, Abs. 1 der Statuten wird entsprechend geändert.

Gegen Entscheide der Verwaltungskommission kann binnen 30 Tagen nach ihrer Eröffnung bei der Kommission ein begründetes, schriftliches Gesuch um Wiedererwägung eingereicht werden.

Streitigkeiten zwischen der Kasse, den Arbeitgebern und den Anspruchsberechtigten werden im übrigen gemäss Artikel 73 BVG vom Versicherungsgericht des Kantons Bern entschieden.

7. Grundsatz der «umbüllenden Kasse»

Alle Leistungspflichten der BLVK gegenüber den Versicherten aufgrund des BVG gelten als erfüllt, wenn die Gesamtheit der Leistungen gemäss Artikel 14 der Statuten die Gesamtheit der BVG-Leistungen erreicht. Um diesen Vergleich zu ermöglichen, ist in jedem Versicherungsfall die Leistung aufgrund der Bestimmungen des BVG und der BLVK zu berechnen und der höhere Anspruch zu befriedigen. Zu diesem Zweck führt die Kasse individuelle Alterskonten gemäss BVG (Schattenrechnung).

Der für die Führung der Alterskonten massgebende koordinierte Lohn bemisst sich nach den gesetzlichen Vorschriften, unter folgenden Vorbehalten:

- a) Nur gelegentlich anfallende Lohnbestandteile werden nicht berücksichtigt;
- b) Der koordinierte Jahreslohn kann zum voraus aufgrund des letztbekannten Jahreslohnes bestimmt werden; die für das laufende Jahr bereits vereinbarten Änderungen werden dabei berücksichtigt;
- c) Bei Fällen, in denen der Beschäftigungsgrad oder die Einkommenshöhe stark schwanken, können die koordinierten Löhne pauschal nach dem Durchschnittslohn der jeweiligen Lehrerkategorie festgesetzt werden.

8. Rückerstattung von Beiträgen

Die Rückerstattung von Beiträgen gemäss Artikel 11, Abs. 3, Lit. b und Abs. 6 der Statuten ist nicht mehr gestattet. Die erwähnten Bestimmungen werden wie folgt geändert:

Die entsprechenden Beiträge werden auf ein individuelles, zinstragendes Sperrkonto gemäss OR 331c bei der Kantonalbank von Bern in Bern überwiesen. Diese Guthaben können zur Bezahlung von Verdiensterhöhungsbeiträgen verwendet werden.

9. Einkauf

Die Abs. 1, 2, 3 und 5 von Artikel 21 der Statuten werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

- Lehrkräfte, die nach dem zurückgelegten 24. Altersjahr in die Rentenversicherung aufgenommen werden, haben mindestens die für das entsprechende Altersjahr notwendige Eintrittsbelastung ohne Anrechnung von Versicherungsjahren zu bezahlen.
- Wer versichert wird, kann sich bis höchstens zum vollendeten 24. Altersjahr zurück in die Versicherung einkaufen. Die Zeit ausserkantonalen, von der Kasse als anrechenbar erklärten Schuldienstes kann unbeschränkt eingekauft werden.
- Lehrerinnen und Lehrer, die das 53. beziehungsweise das 55. Altersjahr erreicht haben und der Rentenversicherung beizutreten wünschen, haben sich auf das 53. beziehungsweise 55. Altersjahr einzukaufen.
- Die nach Artikel 20, Abs. 3 der Statuten oder Ziffer 4 dieser Übergangsregelung in die Sparkasse aufgenommenen Mitglieder können sich nicht einkaufen und haben auch keine Eintrittsbelastung zu bezahlen. Einzig ein allfälliges Altersguthaben gemäss Artikel 15 BVG ist einzuzahlen.
- Freizügigkeitsleistungen im Sinne von Ziffer 10 dieser Übergangsregelung werden zur Bezahlung der Eintrittsbelastung und zum Einkauf von anrechenbaren Versicherungsjahren verwendet.

10. Abgangsentschädigung beziehungsweise Freizügigkeit

Die Kasse schuldet den ohne Anspruch auf Kassenleistungen austretenden Mitgliedern die Abgangsentschädigung gemäss Artikel 23 respektive 46 der Statuten, mindestens jedoch die Freizügigkeitsleistung nach Artikel 28 BVG. Vorbehalten bleiben Vereinbarungen gemäss Artikel 10 der Statuten. Das Sperrkonto gemäss Artikel 23, Abs. 2, lit. b der Statuten wird bei der Kantonalbank von Bern in Bern errichtet.

11. Anspruch auf die Alterspension der Frau

Artikel 25, Abs. 5 der Statuten gilt weiterhin. Für Frauen, die gemäss BVG die Alterspension ab zurückgelegtem 62. Altersjahr beanspruchen, wird die Pension gemäss Artikel 29^{bis} der Statuten berechnet.

12. Versicherte mit Vorbehalt

Die Versicherten mit Vorbehalt haben mindestens Anspruch auf die Invalidenleistung gemäss Artikel 23 bis 26 BVG, welche in Rentenform ausgerichtet wird.

13. Anspruch der geschiedenen Frau auf Hinterlassenenleistung

Die BLVK bezahlt der geschiedenen Frau eines verstorbenen Versicherten eine Witwenrente gemäss Art. 20 BVV2.

14. Sparkasse

Ein bisheriges Mitglied der Sparkasse kann den Eintritt zu den Versicherten verlangen. Die übrigen Bestimmungen von Artikel 65 der Statuten gelten weiterhin und sind sinngemäss anzuwenden.

Die Spareinleger und ihre Hinterbliebenen haben Anspruch auf die Leistungen gemäss Artikel 44 bis 46 der Statuten, mindestens aber auf die Leistungen gemäss BVG.

Die Leistungen aus der Sparkasse werden in Kapital- oder Rentenform ausgerichtet, wobei ein Achtel der Beiträge als Risikoprämie verrechnet wird.

15. Pariätische Verwaltung

Die Zahl der vom Regierungsrat gewählten Mitglieder der Verwaltungskommission gemäss Artikel 53 der Statuten wird auf sechs erhöht.

16. Verpfändung zur Finanzierung von Wohneigentum

Bei der in Artikel 40 BVG vorgesehenen Verpfändung des Anspruchs auf Altersleistungen zur Finanzierung von Wohneigentum kann höchstens der Anspruch auf Altersleistungen gemäss BVG eingesetzt werden.

Beansprucht ein Versicherter aufgrund von Artikel 37 BVG eine Kapitalabfindung oder werden Zahlungen der Kasse aufgrund der Verpfändung gemäss Artikel 40 BVG fällig, werden die Leistungen der Kasse im Verhältnis der bezogenen Kapitalabfindung beziehungsweise geleisteten Zahlungen zur Gesamtheit der einbezahlten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge samt Zins gekürzt.

17. Beitrag an den Sicherheitsfonds

Die Beiträge zur Finanzierung des Sicherheitsfonds gemäss Artikel 59 BVG und der Sondermassnahmen gemäss Artikel 70 BVG werden aus den Mitteln der Kasse bezahlt.

18. Sonderfälle

Wo keine ausdrückliche Regelung besteht, entscheidet die Kasse im Rahmen des BVG und der Statuten.

19. Inkrafttreten

Diese Übergangsregelung tritt auf den 1. Januar 1985 in Kraft und gilt bis längstens 31. Dezember 1989.

Sie ersetzt, ergänzt oder ändert folgende Artikel der Statuten:

Artikel 2	(Ziffer 3)
Artikel 3	(Ziffer 5)
Artikel 4	(Ziffer 5)
Artikel 5	(Ziffer 5)
Artikel 9, Abs. 1	(Ziffer 6)
Artikel 10	(Ziffer 9, Ziffer 10)
Artikel 11	(Ziffer 5, Ziffer 8)
Artikel 14	(Ziffer 7)
Artikel 17	(Ziffer 16)
Artikel 20, Abs. 3	(Ziffer 4, Ziffer 9)
Artikel 21, Abs. 1, 2, 3 und 5	(Ziffer 9)
Artikel 23	(Ziffer 10)
Artikel 25, Abs. 5	(Ziffer 11)
Artikel 26, Abs. 2	(Ziffer 12)
Artikel 29 ^{bis}	(Ziffer 11)
Artikel 31	(Ziffer 13)
Artikel 43	(Ziffer 14)

Artikel 44	(Ziffer 14)
Artikel 45	(Ziffer 14)
Artikel 46	(Ziffer 10, Ziffer 14)
Artikel 46, Abs. 4	(Ziffer 9)
Artikel 48, Abs. 1	(Ziffer 6)
Artikel 53, Abs. 1	(Ziffer 15)
Artikel 58	(Ziffer 6)
Artikel 59	(Ziffer 6)
Artikel 65	(Ziffer 4, Ziffer 14)

Bern, 24. Oktober 1984

Namens der Verwaltungskommission der
Bernischen Lehrerversicherungskasse

Der Präsident: *B. v. Wattenwyl*

Der Sekretär: *A. Pfister*

Vom Regierungsrat genehmigt durch Beschluss Nr. 4763
vom 19. Dezember 1984.



**Bernische Vereinigung
für Handarbeit und Schulreform**

Kursprogramm 1985

Ergänzungsausbildung Werken nicht-textil

Die Berechtigung zur Erteilung des Faches «Werken nicht-textil» kann erworben werden durch den Besuch der beiden Fundamentalkurse und zwei weiterer Teilkurse nach eigener Wahl, wobei die Gesamtausbildungszeit der besuchten Kurse mindestens 175 Stunden betragen soll. Sämtliche Teilkurse stehen grundsätzlich auch Teilnehmern offen, die lediglich eine Weiterbildung im Fachgebiet «Werken» suchen.

A. Fundamentalkurse

(20.15.10–16)

Teilkurs Werken, Schwerpunkt Holz

20.15.10

Lyssach, 1. bis 12. Juli, 2 Wochen.
Kurt Bertschi, Lehrer, Lyssach.

20.15.11

Raum Thun, 8.–19. Juli, 2 Wochen.
Niklaus Tschannen, Lehrer, Thierachern.

20.15.12

Burgdorf, 22. Juli bis 2. August, 2 Wochen.
Melchior Grunder, Lehrer, Burgdorf.

20.15.13

Ins, 30. September bis 11. Oktober, 2 Wochen.
Alfred Kormann, Lehrer, Müntschemier.

20.15.14

Raum Laufen, 15. bis 26. Juli, 2 Wochen.
Rudolf Bärtschi, Lehrer, Koppigen.

Anmeldungen für obige Kurse bis 30. April.

Teilkurs Werken, Kunststoffe und Didaktik

20.15.15

*Bern, ab 1. Mai, 9 Mittwochabende 18.30 bis 22 Uhr und 1 Halbtage (nach Absprache mit den Kursteilnehmern, total 10mal 3 ½ Stunden).

20.15.16

Bern, ab 23. Oktober, 8 Mittwochabende 18.30–22 Uhr und 2 Halbtage (nach Absprache mit den Kursteilnehmern, total 10mal 3 ½ Stunden).

Franz Müller, Seminarlehrer, Kirchdorf.

Anmeldungen * bis 1. März, Herbstkurs bis 30. April.

B. Wahlkurse

(20.15.17–22)

Teilkurs Werken, Schwerpunkt Metall

20.15.17

*Biel, 9. bis 19. April, 2 Wochen (inklusive Samstag 13. April).

Bernhard Abbühl, Lehrer, Gwatt, und Willy Huber, Lehrer, Biel.

20.15.18

Spiez, 8. bis 19. Juli, 2 Wochen.

Bernhard Abbühl, Lehrer, Gwatt, und Ernst Ramseyer, Werklehrer, Steffisburg.

Teilkurs Werken, Schwerpunkt Karton/Papier

20.15.19

*Worb, 9. bis 13. April, 1 Woche.

Ruth Kunz, Werklehrerin, Bern/Berlin.

20.15.20

Walkringen, 7. bis 11. Oktober, 1 Woche.

Peter Dummel, Lehrer, Walkringen.

Teilkurs Werken, Schwerpunkt Ton/Gips

20.15.21

*Bern, 17. bis 19. April, 3 Tage und ab Mittwoch, 8. Mai 18.30–21.30 Uhr, 5mal 3 Stunden.

20.15.22

Bern, 30. September bis 2. Oktober, 3 Tage und ab Mittwoch, 25. Oktober 18.30 bis 21.30 Uhr, 5mal 3 Stunden.

Katharina Berger, Werklehrerin, Thörishaus.

Anmeldungen * für Kurse bis 1. März, für andere Kurse bis 30. April.

C. Übrige Kurse

Umgang mit Holzbearbeitungsmaschinen | Unfallverhütung | Werkzeugbehandlung

20.15.78

Bern, 30. September bis 4. Oktober, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 20.—. Anmeldungen bis 30. Mai.

Alfred Keller, Lehrer, Bern.

Schnitzen

20.15.86

Burgdorf, 9. bis 19. April, 2 Wochen. Materialkosten bei Fr. 20.—. Anmeldungen bis 1. März.

Melchior Grunder, Lehrer, Burgdorf.

Holzschnitt (7. bis 9. Schuljahr)

20.15.89

Meikirch, 6 Mittwochnachmittage, ab 8. Mai. Materialkosten bei Fr. 5.—. Anmeldungen bis 15. März.

Jörg Schertenleib, Sekundarlehrer, Meikirch.

Arbeiten mit Hobelspänen

20.15.88

Bern, 5 Mittwochnachmittage, ab 23. Oktober. Materialkosten bei Fr. 50.—. Anmeldungen bis 30. Juni.
Hannes Grauwiller, Lehrer, Schwanden im Emmental.

Einfache Saiteninstrumente

20.15.90

Spiez, 8. bis 12. Juli, 5 Tage.

20.15.91

Biel, 30. September bis 4. Oktober, 5 Tage.

Materialkosten je nach gebautem Instrument Fr. 80.— bis 150.—. Anmeldungen bis 30. Mai.

Matthias Wetter, Musikinstrumentenbauer, Ossingen.

Giessen in Metall

20.15.96

Kerzers, 8 Mittwochnachmittage, ab 1. Mai je 18 bis 21 Uhr. Kosten für Verbrauchsmaterialien bei Fr. 50.—, dazu Metallkosten per Gewicht. Anmeldungen bis 15. März.

Ueli Pfister, Werklehrer, Kerzers.

Gestalten mit Ton

20.15.101

Bern, 6 Mittwohabende, ab 1. Mai, je 18.30 bis 21.30 Uhr. Materialkosten Fr. 20.—, dazu Kosten für Glasur und Brand je nach Aufwand. Anmeldungen bis 15. März.

Catherine Radelfinger, Lehrerin, Bern.

Ofenbau (verschiedene Brennöfen)

20.15.109

Raum Kerzers/Bern, 8. bis 12. Juli, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 50.—. Anmeldungen bis 30. April.

Ueli Pfister, Werklehrer, Kerzers.

Werken zur Urgeschichte

20.10.21

Burgdorf, 8. bis 12. Juli, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 70.—. Anmeldungen bis 30. April.

Max Zurbuchen, Konservator der Steinzeitwerkstätte Schloss Hallwil, Seengen.

Flechten – Spinnen – Weben

20.15.110

Bern, 7 Mittwochnachmittage, ab 1. Mai. Materialkosten bei Fr. 35.—. Anmeldungen bis 15. März.

Elisabeth Eichenberger, Lehrerin, Nidau.

Werken Mittelstufe 4. bis 6. Schuljahr: «Fliegen»

20.15.71

Worb, 15. bis 19. April, 5 Tage. Anmeldungen bis 1. März.

20.15.72

Raum Bern, 30. September bis 4. Oktober, 5 Tage. Anmeldungen bis 30. Mai.

Materialkosten bei Fr. 30.—.

Ruth Kunz, Werklehrerin, Bern/Berlin.

Werken Mittelstufe 4. bis 6. Schuljahr: «Bauen»

20.15.75

Raum Bern, 1. bis 5. Juli, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 35.—. Anmeldungen bis 30. Mai.

Ruth Kunz, Werklehrerin, Bern/Berlin.

Werken Mittelstufe 4. bis 6. Schuljahr: «Räume» (Landschaftsräume/Lebensräume)

20.15.74

Raum Bern, 29. Juli bis 2. August, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 35.—. Anmeldungen bis 30. Mai.

Ruth Kunz, Werklehrerin, Bern/Berlin.

Werken Mittelstufe 4. bis 6. Schuljahr: «Seben»

20.15.69

Raum Bern, 8. bis 12. Juli, 5 Tage. Anmeldungen bis 30. April.

20.15.70

Worb, 23. bis 27. September, 5 Tage. Anmeldungen bis 30. Mai.

Materialkosten bei Fr. 30.—.

Ruth Kunz, Werklehrerin Bern/Berlin.

Handarbeiten/Werken auf der Unterstufe

20.15.66

Raum Bern, 15. bis 19. April, 5 Tage. Anmeldungen bis 1. März.

20.15.67

Bern, 23. bis 27. September, 5 Tage. Anmeldungen bis 30. Mai.

Materialkosten bei Fr. 30.—.

Paula Richner, Lehrerin, Bern.

Herstellen von Handpuppen (Kasperlfiguren) und Anleitung zum Spiel

20.7.24

Biel, 8. bis 12. Juli, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 20.—. Anmeldungen bis 30. April.

Vreni Saurer, Puppenspiele, Bern.

Spiele mit Handpuppen (Kasperlfiguren)

20.7.25

Bern, 30. September bis 4. Oktober, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 10.—. Anmeldungen bis 30. Juni.

Vreni Saurer, Puppenspiele, Bern.

Erleben – Werken

20.15.65

Bern, 4 Mittwochnachmittage, ab 16. Oktober. Materialkosten bei Fr. 25.—. Anmeldungen bis 30. Juni.

Trudi Scheidegger, Hortleiterin, Bern.

Einführung in das Lesen alter Schriften (Urkunden)

20.10.20

Bern, Staatsarchiv, 4 Mittwochnachmittage, ab 1. Mai. Materialkosten bei Fr. 10.—. Anmeldungen bis 15. März.

Harald Wäber, Staatsarchiv, Bern.

Alpenpflanzen und ihre Umwelt

20.11.29

Schnige Platte ob Interlaken, 29. Juli bis 2. August, 5 Tage. Beitrag der Teilnehmer an Unterkunft und Verpflegung bei Fr. 70.— (Ausserkantonale bei Fr. 130.—). Anmeldungen bis 30. April.

Prof. Dr. Otto Hegg, phil. nat., Köniz.

Experimentieren mit Pflanzen und Tieren, unter besonderer Berücksichtigung von Schülerversuchen für das Freifach Naturkundepraktikum (8. bis 9. Schuljahr)

20.11.36

Bern, je Freitagabend 18 bis 21 Uhr, am 3., 17. und 31. Mai, 14. Juni, 9. und 23. August, 6mal 3 Stunden. Materialkosten Fr. 80.— bis 100.—, je nachdem, was der Teilnehmer herstellt. Anmeldungen bis 15. März.

Peter Fafri, Sekundarlehrer, Bern.

Mit der Klasse in den Tierpark – Ergänzung zum Schulunterricht

20.11.35

Bern, Tierpark Dählhölzli, 4 Mittwochnachmittage 14 bis 17 Uhr, am 8. Mai, 26. Juni, 21. August und 23. Oktober. Materialkosten bei Fr. 40.—. Anmeldungen bis 15. März.

Annemarie Büchler, Tierparkpädagogin, Rosshäusern.

Physik: Elektronik I Grundlagen der Elektronik

20.11.46

Steffisburg oder Bern/Liebelfeld, 30. September bis 4. Oktober, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 300.—. Der Experimentierkasten kann im Unterricht verwendet werden. Anmeldungen bis 30. Mai.

Gerhard Gmünder, Lehrer, Steffisburg.

Physik: Elektronik II Technik mit integrierten Schaltungen

20.11.47

Steffisburg oder Bern/Liebelfeld, 7. bis 11. Oktober, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 300.—. Der Experimentierkasten kann im Unterricht verwendet werden. Anmeldungen bis 30. Mai.

Gerhard Gmünder, Lehrer, Steffisburg.

Fotografie und Fotolabor (schwarz/weiß)

20.5.5

Worb, 1. bis 5. Juli, 5 Tage. Materialkosten bei Fr. 65.—. Anmeldungen bis 30. April.

Ueli Joder, Lehrer, und Eva Jundt, Lehrerin, Worb.

* * *

Die ausführlichen Informationen über unsere Kurse finden Sie im Jahresprogrammheft 1985/86 der Zentralstelle für Lehrerfortbildung Bern.

Unsere Kurse stehen sämtlichen Lehrkräften aller Stufen und Fachrichtungen offen. Die Kurse werden durchgeführt, insofern die notwendigen Kredite bewilligt werden und genügend Anmeldungen vorliegen. Bei Kursen mit hohen Kosten sind die zuständigen Gemeinden eventuell bereit, einen Kostenbeitrag zu leisten.

Angemeldete, welche den Kursen fernbleiben, haften für die entstandenen Organisations- und Materialkosten.

Bitte beachten Sie die Anmeldetermine. Für die Anmeldung verwenden Sie am besten die vorgedruckten Anmeldekarten (BVHS) oder Postkarten.

Für jeden Kurs und für jeden Teilnehmer ist eine besondere Karte auszufüllen.

Senden Sie bitte alle Anmeldungen an unsern Kurssekretär, Jörg Klopstein, Kranichweg 9, 3074 Muri. (Anmeldeschema: Kursnummer, -titel, -ort, Name, Vorname, genaue Adresse mit Postleitzahl, Telefon-

nummer, Schulstufe, eventuell Fachrichtung, Schulort, wenn nötig Bemerkungen zum Beispiel über besuchte Teilkurse oder berufliche Ausbildung sowie Datum und Unterschrift.)

Bitte richten Sie **Adressänderungen, Ein- und Aus-
tritte an Frau Margrit Villars-Kobi, Hauptstrasse 32,
2562 Port.**

Besten Dank!

Vorstand BVHS 1985

Arbeitsausschuss

Präsident: Keller Alfred, Lehrer, Brunnmattstrasse 73 a,
3007 Bern, Telefon 031 45 62 68

Vizepräsidentin: Rheiner Heidi, Sekundarlehrerin,
Alpenweg 4, 3123 Belp, Telefon 031 81 08 10

Sekretär: Hofmann Albin, Lehrer, Kirchbühlweg 32,
3007 Bern, Telefon 031 45 77 85

Kassier: Friedli Fritz, Lehrer, Kirchbergerstrasse 51,
3008 Bern, Telefon 031 45 45 30

Kurssekretär: Klopstein Jörg, Lehrer, Kranichweg 9,
3074 Muri, Telefon 031 52 65 19

Übriger Vorstand

Abbühl Bernhard, Lehrer, Rosenweg 77, 3645 Gwatt

Aegerter Ernst, Lehrer, 3766 Boltigen

Glatz David, Schulinspektor, Nelkenweg 6,
4900 Langenthal

Gmünder Gerhard, Lehrer, Bucheggweg 18,
3612 Steffisburg

Huber Willy, Lehrer, Zionsweg 41, 2503 Biel

Jaberg Christian, Sekundarlehrer, Schülerweg 5,
3043 Uettiligen

Jungen Fritz, Lehrer, Stiegelschwand, 3715 Adelboden

Krebs Werner, Schulinspektor, Neufeldweg 4,
3324 Hindelbank

Leuenberger Dora, Arbeitslehrerin, Hübeliweg 3,
3052 Zollikofen

Liebi Agnes, Lehrerin, Landoltstrasse 57, 3007 Bern

Liechti Wilhelm, Seminarlehrer, Blumenstrasse 17,
4900 Langenthal

Schwander Peter, Lehrer, Zollhausstrasse 66e, 2504 Biel

Spring Markus, Lehrer, Rüegsaustasse 38,
3415 Rüegsauchachen

Streun Therese, Arbeitslehrerin, Tellstrasse 32,
3014 Bern

Villars-Kobi Margrit, Lehrerin, Hauptstrasse 32,
2562 Port

Wälti Paul, Lehrer, Aegertenstrasse 29,
3800 Matten-Interlaken

Rechnungspassatoren

Anliker Andreas, Lehrer, Bannholzrain,
3326 Krauchthal (bis 1985)

Berger Katharina, Werklehrerin, Freiburgstrasse 937,
3174 Thörishaus (bis 1987)

Bern, im Januar 1985

Mit freundlichen Grüßen:
Der Vorstand BVHS

Eltern und Schule im Dialog

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Eltern/Schule lädt zu einer Arbeitstagung zum Thema «Eltern und Schule im Dialog» ein. Die Veranstaltung findet statt am Samstag, 2. Februar 1985, Restaurant Bürgerhaus, Neuengasse 20 (beim Bahnhof), Bern.

Die Gestaltung der Schule erfordert die Mitwirkung aller Betroffenen, also auch der Eltern. Wie lassen sich Gespräch und Zusammenarbeit sachlich und wirkungsvoll fördern?

Eine Arbeitsgemeinschaft (ArGe) der unten aufgeführten Organisationen hat sich zum Ziel gesetzt, die zunehmend als wichtig erkannte Partnerschaft zwischen Eltern, Lehrern und Schulbehörden sachgemäss zu begründen und praktisch zu unterstützen. Als Ergebnis der Arbeit liegt nunmehr ein *Handbuch «Eltern und Schule im Dialog»* in einer ersten Fassung vor. Über die Zielsetzungen und die im Handbuch aufgezeigten, oft wenig begangenen Wege sowie über neue Formen der Partnerschaft möchten wir gerne mit Interessierten diskutieren.

Programm

- 9.30 Uhr *Begrüssung* durch den Präsidenten der Schweizerischen Vereinigung Schule und Elternhaus S + E, Dr. med. Alfred Klingele, Glis-Brig
- 9.40 Uhr Erich Ambühl und Irène Keller-Richner: «Das SIPRI-Projekt und seine Ergebnisse»
- 10.15 Uhr Dr. Margret Scholl-Schaaf und Dr. Leonhard Jost: «Eltern und Schule im Dialog»
- 11 Uhr *Gruppenarbeit zum Handbuch-Entwurf* (Kaffeeausschank)
- 12.15 Uhr *Mittagessen im Hause*
- 13.30 Uhr *Beantwortung von Fragen zum Handbuch-Entwurf*
- 14 Uhr Walter Schoop: «Forum der Elternorganisationen auf schweizerischer Ebene – Utopie oder realistische Zielsetzung?»
- 14.45 Uhr *Gruppenarbeit zu den Themen «Handbuch» und «Form»* (Kaffeeausschank)
- 16 Uhr *Vorschläge und Thesen aus der Gruppenarbeit*
Leitung: Isabelle Frei-Moos, Vizepräsidentin S + E
- 16.30 Uhr *Schluss der Tagung*

Wer den Tagungsbeitrag von 40 Franken auf das Postcheckkonto 30-12691-4 (Zentralsekretariat SVSE, Bern) überweist, erhält das Handbuch als Dokument für die Arbeitstagung zugestellt. Inbegriffen sind auch Mittagessen und Pausenkaffee.

Weitere Informationen erhalten Sie durch das Tagungssekretariat: S + E, Bahnhofplatz 3, 3011 Bern (Telefon 031 22 34 46).

Zahlen, Zahlen, Zahlen...

Aus dem Verwaltungsbericht der ED

Im Kanton Bern bestanden 1983 931 Primarschulhäuser und 159 Sekundarschulhäuser.

Schülerzahlen

Primarschulen	75 890
Sekundarschulen und ähnliche	29 919
Gymnasien	4 109
Diplomabteilungen	367
Seminare	2 876
Total	113 161

Zahl der Lehrkräfte, Primarschulklassen, Schüler und Geburten im Vergleich

Jahr	Lehrkräfte	Klassen	Schüler	Geburten	(Jahr)
1900	2192	2191	101 082	17 507	1893
1920	2770	2771	108 470	16 106	1913
1940	2791	2782	85 219	11 624	1933
1950	2894	2891	81 562	14 591	1943
1960	3560	3678	103 368	14 801	1953
1970	4320	4396	105 573	17 183	1963
1975	4620	4611	105 880	16 497	1968
1980	5797	4386	84 591	12 360	1973
1981	5876	4363	81 624	11 974	1974
1982	5968	4310	78 433	11 082	1975
1983	5973	4219	75 208	10 637	1976
				10 216	1979
				10 563	1982

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass in den Jahren 1960 und 1970 Seminaristen und pensionierte Lehrer nicht mitgerechnet sind, ab 1980 auch die Teilpensenlehrer erfasst werden und die Gründung des Kantons Jura (mit rund 400 Klassen) die Statistik beeinflusst.

chj

Heilpädagogisches Seminar

Die Schweizerische Heilpädagogische Gesellschaft, Sektion Bern ist eine Vereinigung von Personen und Institutionen, die im Sonderschulwesen tätig sind.

Sie lädt ein zur

Hauptversammlung am Mittwoch, den 30. Januar 1985, 14.30 Uhr, im Hotel Post, Bahnhofstrasse 17, Lyss.

Im Anschluss an den kurzen geschäftlichen Teil spricht der neugewählte Direktor der zukünftigen Ausbildungsstätte für Heilpädagogik, Herr *Andreas Schindler*, zum Thema: «*Gedanken zum Aufbau und Konzept des neuen heilpädagogischen Seminars des Kantons Bern*».

Lehrkräfte aller Stufen, Therapeuten und Schulpsychologen, auch Nichtmitglieder, sind herzlich eingeladen.

SHG Sektion Bern
Der Vorstand

Nebenbei bemerkt

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich die Betroffenen gegen die Sparbeschlüsse des Regierungsrates zur Wehr setzen. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass der massive Schülerrückgang auf der Primarschulstufe bis vor wenigen Jahren fast vollständig zugunsten kleinerer Schulklassen erfolgte. Die noch mehrere Jahre weiter nsiken-

den Schülerzahlen erlauben nach Auffassung der Direktion die *Aufhebung von jährlich 50 Schulklassen* (weniger als ein Prozent der Primar- und Sekundarschulklassen) ohne dass dadurch den Schülern pädagogische Nachteile erwachsen. Zum Beispiel könnten die heute in fünf Klassen unterrichteten 62 Schüler einer Gemeinde – sofern ein Lehrer demissioniert – auch in vier Klassen unterrichtet werden.

Aus dem Verwaltungsbericht der ED

L'Ecole bernoise

Assemblée des délégués de la SEJB

Le 15 novembre 1984, les délégués de la SEJB se réunissaient à Sonceboz sous la présidence de Michel Lanève de Bienne. Ils avaient à se prononcer sur les divers rapports de l'année écoulée, à élaborer le programme d'activité 1984/85 et à discuter divers problèmes actuels de politique scolaire: congrès pédagogiques, révision de la législation bernoise en matière de formation, travaux de la commission «Emplois», votation du 2 décembre sur le Centre interrégional de perfectionnement.

*

Le président, Michel Lanève, ouvre la séance en remerciant les délégués d'avoir répondu à l'appel de la SEJB et en saluant les invités présents: MM. Jean-Jacques Maspéro, président de la SPR, Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB, Francis von Niederhäusern, directeur de l'Office de recherche et de documentation pédagogiques, Jacques Paroz, ancien président de la SEJB, et Lucien Bühler, député.

Il relève ensuite quelques points lui paraissant d'une actualité brûlante:

Il est tout à fait normal qu'en cette période de l'année nous analysions le vécu afin de le critiquer, de l'approuver et d'établir de nouveaux plans pour l'avenir.

Le programme d'activité du Comité central de la SEJB annonce des heures fiévreuses. A peine le rapport de la commission «Réélections» est-il discuté que déjà il faut se préoccuper des réélections de 1986, réélections défavorisées par une situation économique alarmante et une régression démographique inquiétante.

Face au chômage croissant, la commission «Emplois des enseignants» s'ingénie à trouver des solutions. Elle présentera prochainement un rapport au Comité central qui vous le soumettra dans une assemblée ultérieure. Souhaitons y voir figurer des propositions audacieuses aujourd'hui, réalisables demain, courageuses toujours.

L'année 1985 sera celle de l'Assemblée générale de la SEJB. La mise sur pied d'une telle rencontre exigera un investissement encore plus grand d'énergie et de temps de la part des personnes engagées. Nous comptons sur un apport de forces jeunes et dynamiques.

Après l'approbation du compte rendu de la dernière Assemblée des délégués publié dans les journaux corporatifs, Judith Schenk, présidente de la SEJB, commente brièvement le rapport d'activité du Comité central:

Rapport d'activité

Dans son programme d'activité, le Comité central de la SEJB s'était fixé huit options prioritaires pour l'année 1983/84. Au terme de l'exercice annuel, le CC se plaît à relever que les objectifs définis et acceptés par l'Assemblée des délégués du 15 novembre 1983 ont, pour la plupart, été atteints ou sont en voie de réalisation.

Au cours de l'année écoulée, le CC SEJB s'est réuni à sept reprises et, bien que le compte rendu de ses délibérations ait paru régulièrement dans notre presse corporative, nous tenons à relever les points suivants:

① *Rapport de la commission «Réélections».* Les propositions issues de la confrontation des opinions parfois divergentes du CC SEJB et de la commission «Réélections» ont été présentées à l'Assemblée des délégués du 22 mai 1984. Entérinées par celle-ci, avec quelques modifications, elles ont été transmises aux organes concernés: les sections SEJB, la SEB et la Direction de l'instruction publique. Le CC SEJB espère qu'elles auront un effet bénéfique pour les réélections de 1986. Les comités des sections francophones ont été invités à constituer des groupes d'assistance dans chacune des sections et à désigner leurs représentants pour le groupe de coordination chargé de l'harmonisation des interventions des sections dans les cas de non-réélections éventuelles.

Le CC SEJB remercie les membres de la commission «Réélections» du travail important qu'ils ont fourni. Le mandat de la commission est ainsi rempli et la commission est dissoute.

② *Chômage.* La commission «Emplois» dont la création a été décidée par l'AD du 15 novembre 1983 et dont le mandat a été approuvé par l'AD du 22 mai 1984 s'est mise activement au travail. Elle devrait être à même de livrer ses conclusions et ses propositions dans le courant de l'hiver 1985.

Le stage linguistique organisé dans le Jura bernois pour de jeunes enseignants alémaniques au chômage a été ouvert également aux maîtres secondaires et a connu le même succès que ces dernières années. Nous profitons de l'occasion pour remercier tous nos collègues qui ont ainsi prouvé de manière concrète leur solidarité envers de jeunes enseignants touchés par le chômage.

③ *Organisation de degré.* Comme le stipulent les statuts de la SEB, les différentes catégories d'enseignants sont tenues de se constituer en associations de degrés. Le Comité central de la SEJB a présidé l'Assemblée constitutive de la section francophone des enseignants primaires, le 28 février 1984, ainsi que la première Assemblée des délégués de la SBEP, le 3 mai 1984.

④ *SEJB-SEB.* La section de Bienne-La Neuveville avait demandé que la SEB prévoie une amnistie financière pour les enseignants désirant s'affilier tardivement à la Société des enseignants bernois. Cette requête a été transmise à la SEB qui l'a accueillie favorablement. Une proposition allant dans le sens de la revendication de la section de Bienne-La Neuveville et des enseignants primaires a été inscrite à l'ordre du jour de l'AD SEB du 28 novembre 1984.

⑤ *SEJB-DIP.* En réponse à notre intervention concernant l'introduction prématurée, à notre avis, des nouveaux plans d'études, la DIP nous a adressé une lettre très circonstanciée dans laquelle elle réfute nos critiques. Elle précise que les plans d'études n'ont apporté aucun bouleversement dans les programmes des classes de langue française, introduits chaque fois après recyclage du corps enseignant.

Révision des règlements sur l'école primaire et sur les écoles moyennes: Le CC SEJB est également intervenu auprès de la DIP pour protester contre la procédure suivie et pour demander à la DIP de revenir sur cet objet. Notre intervention s'est avérée positive puisque la DIP a repris l'étude de tout le problème et présentera un nouveau projet.

⑥ *SEJB-SPR.* Congés pédagogiques: Soulevé par M. Maspéro, président de la SPR, ce problème, maintes fois évoqué, a été discuté avec M. Urs Kramer, chef du service de l'enseignement de la DIP. Après un examen objectif de tous les aspects du problème, des solutions satisfaisantes peuvent être envisagées.

Chaque année, de nombreux changements interviennent dans les commissions SEJB, SEB, SPR ou de l'IRDP. Il s'agit de remplacer des membres démissionnaires ou de procéder à des nominations dans de nouvelles commissions. Ce n'est pas toujours facile de trouver des membres qui acceptent les charges.

J'en appelle donc à toutes les bonnes volontés. Notre force, face à un avenir incertain, assombri encore par les problèmes liés au chômage grandissant, réside dans une attitude solidaire et vigilante, tant dans le domaine syndical et corporatif que dans l'action pédagogique.

En conclusion de ce bref tour d'horizon, j'adresse mes remerciements sincères à notre dévoué secrétaire ainsi qu'aux collègues qui ont consacré une partie de leurs précieux loisirs aux activités de notre association.

Le rapport du Comité central de la SEJB ne donne lieu à aucune discussion et est accepté à l'unanimité.

Autres rapports

Commission «Education permanente»

Présidée depuis de nombreuses années par André Schwab qui vient de démissionner pour raison de santé, la commission EP est restée en veilleuse, l'essentiel de l'activité en éducation permanente et en recyclage étant assumé par la commission officielle du perfectionnement (commission du Centre de perfectionnement). Le Comité

central de la SEJB s'est penché récemment sur l'avenir de cette commission. Il a estimé qu'elle devait être maintenue, mais que le mandat devait être modifié.

Les délégués approuvent cette manière de voir et donnent compétence au CC SEJB et à la commission EP de redéfinir le mandat de cette commission et de le soumettre à l'approbation d'une prochaine Assemblée des délégués.

Commission «Croix-Rouge Jeunesse»

Il semble malheureusement que des problèmes se posent dans cette commission. Lors de l'AD du 22 mai 1984, les comptes n'avaient pu être approuvés parce qu'ils n'avaient pas été vérifiés. Les délégués avaient donc décidé leur renvoi à la présente assemblée. Aucun membre de la commission n'ayant répondu à l'invitation, ni les comptes, ni le rapport annuel ne peuvent être discutés. Les délégués chargent le Comité central de prendre contact avec les membres de cette commission et éventuellement de mettre sur pied une nouvelle commission dans les meilleurs délais.

Commission pédagogique

Le président, Alexandre Vuilleumier, présente brièvement l'activité de la commission durant l'année écoulée. La commission a participé à l'élaboration de diverses prises de position de la SEJB et au dépouillement de différentes consultations.

La commission souhaite ne pas être simplement un organe chargé par le CC SEJB de dépouiller des consultations. Elle veut être un organe de réflexion. Elle estime nécessaire de redéfinir son mandat, les membres se sentant peu motivés par la situation actuelle.

Les délégués acceptent cette proposition de la commission qui présentera un nouveau projet de mandat lors de la prochaine Assemblée des délégués.

Programme d'activité 1984/85

Judith Schenk commente brièvement le programme d'activité élaboré par le CC SEJB:

Au cours de l'année 1984/85, le Comité central de la SEJB entend vouer une attention particulière aux problèmes suivantes:

1. *Réélections 1986.* En prévision des réélections de 1986, le CC SEJB entend activer la mise en place des groupes d'assistance dans les sections et du groupe de coordination au sein de la SEJB. En contact étroit avec la SEB et la DIP, il veillera à ce que les conditions les plus favorables soient créées en vue des réélections. Il suivra avec attention l'évolution de la situation et interviendra chaque fois que cela sera nécessaire.
2. *Chômage.* Le CC SEJB prendra connaissance du rapport et des propositions du groupe de travail «Emplois». Il les soumettra à l'AD et prendra toutes les mesures utiles en vue de lutter contre le chômage des enseignants.
3. *Commissions SEJB.* Il s'avère qu'il y aurait lieu de modifier le mandat de deux commissions permanentes de la SEJB: la commission «Education permanente» et la commission pédagogique. Ce travail sera entrepris et de nouveaux mandats seront soumis aux délégués afin que ces commissions puissent réellement être actives.

4. *Statuts de la SEJB.* Divers points des statuts de la SEJB ne correspondent plus à la réalité actuelle. Il s'agira de les modifier en tenant compte des décisions prises par la SEB à propos des journaux corporatifs. Les modifications de statuts seront proposées à la prochaine assemblée triennale.
5. *Assemblée triennale.* L'Assemblée générale triennale de la SEJB sera organisée en 1985. Il s'agira, en particulier, de procéder au remplacement d'une partie des membres des organes directeurs de la SEJB. Le CC SEJB devra également s'occuper de tous les travaux en relation avec cette assemblée: thème pédagogique, organisation de l'assemblée, soirée, etc.
6. *Moyens d'enseignement.* Comme au cours de ces dernières années, la SEJB devra se prononcer sur les différents moyens d'enseignement élaborés actuellement par diverses commissions romandes.
7. *CACEB.* La SEJB soutiendra diverses mesures envisagées par la CACEB pour favoriser la retraite anticipée volontaire et pour lutter contre le chômage.
8. *Prises de position.* La SEJB prendra régulièrement position sur tous les objets qui lui seront soumis par la SEB, la DIP ou la SPR.
9. *Révision de la législation en matière de formation.* La SEJB interviendra auprès des organes compétents pour que les revendications légitimes des enseignants soient prises en considération dans les différentes phases de révision de la législation en matière de formation.

Politique scolaire

Les délégués discutent encore divers problèmes actuels de politique scolaire:

Congés pédagogiques

Les délégués prennent connaissance avec satisfaction du résultat des démarches entreprises par la SEJB auprès de la Direction de l'instruction publique à propos des congés «pédagogiques». Des solutions acceptables ont été négociées pour la commission «Education permanente», la commission «Informatique» et le groupe de travail «Visionnements TV».

Le président de la SPR, Jean-Jacques Maspéro, remercie la SEJB de ses interventions et se déclare satisfait des résultats obtenus. Il souhaite que la SEJB discute encore avec la DIP le problème des émissions «Portes ouvertes sur l'école».

Le CC SEJB prend note de la demande de M. Maspéro et prendra les contacts nécessaires en vue de trouver une solution plus favorable sur ce point.

RLF

Les délégués discutent les différentes propositions qui seront traitées lors de l'Assemblée générale des délégués de la SEB à propos de la révision générale de la législation bernoise en matière de formation (RLF). Ils acceptent la plupart des propositions de la SEB, mais refusent par 7 voix contre 7 (c'est le président qui tranche) d'entrer en matière sur la durée du degré primaire. Les délégués de la SEB pourront donc se prononcer librement.

Nous savons que les délégués de la SEB ont décidé de ne rien décider sur ce point et de consulter la base. La SEB organisera donc une votation générale de ses quelque 11 000 membres. On peut malheureusement craindre que leur avis parvienne trop tard. La commission parlementaire aura déjà pris sa décision et il est peu probable que l'avis des enseignants – s'il est différent – puisse

modifier la décision de la commission. Une fois de plus, nous aurons manqué le coche et nous laisserons les politiciens décider sans nous de l'avenir de notre école.

Commission «Emploi»

Jean-François Wälchli, président de la section de Bienne-La Neuveville, présente un bref rapport des activités de la commission «Emploi» dont le mandat a été accepté par l'AD SEJB du 22 mai 1984:

Notre groupe de travail «Emploi» réunit dix enseignants, soit sept instituteurs, deux maîtres secondaires et un maître à l'école normale. Cinq séances nous ont permis d'évaluer l'ampleur de notre tâche, de mener diverses enquêtes auprès des communes, des collèges, d'entendre des représentants d'associations de degrés, des délégués de commissions.

Deux rapports facilitent notre réflexion: l'un rédigé par la commission biennoise «Pour une meilleure garantie de l'emploi», l'autre par un groupe de travail mandaté par le Comité central de la SEB.

Nous espérons livrer notre rapport pour la fin du mois de janvier 1985 et nous souhaitons qu'il fasse l'objet d'une large consultation, permettant ainsi au corps enseignant de prendre conscience de la gravité de la situation (il n'est jamais trop tard...). Il nous semble très important qu'un synode extraordinaire de la SEJB soit entièrement consacré à la situation de l'emploi.

Nous ne voulons pas que notre rapport ne représente qu'une contribution intéressante versée au dossier de l'emploi. Nous espérons qu'il nous permettra d'interpeller nos autorités communales et cantonales, le corps enseignant, la SEB. Il devra nous «mettre en route», nous donner l'occasion d'une réflexion plus soutenue.

Nous remercions toutes les personnes qui ont pris la peine de répondre à nos questionnaires et les collègues qui nous ont transmis leurs suggestions d'emploi.

Suivant la proposition du groupe de travail, les délégués décident qu'une assemblée générale extraordinaire de la SEJB sera convoquée dans le courant de l'année 1985 (probablement au printemps) pour prendre position sur les différentes propositions contenues dans le rapport.

Centre interrégional de perfectionnement

Francis von Niederhäusern, directeur de l'ORP, présente les divers aspects du projet de construction du Centre interrégional de perfectionnement (CIP) qui sera soumis en votation populaire le 2 décembre 1984.

Les délégués approuvent le projet à l'unanimité et décident la publication d'une recommandation de la SEJB aux électeurs du canton de Berne.

Nous savons que le peuple bernois a accepté à une très grande majorité la construction de ce Centre à Tramelan. Nous avons de multiples raisons de nous en réjouir puisque les enseignants pourront en bénéficier et qu'il sera ouvert à d'autres professions et à d'autres régions du canton de Berne et de Suisse. Nous tenons à remercier tous les enseignants bernois et tous les électeurs qui, par leur vote, ont permis cette importante réalisation.

Yves Monnin

Nouvelles du Centre de perfectionnement

L'activité du Centre appartient à chaque enseignant; il est donc souhaitable que chacun s'inscrive à un ou plusieurs cours de son choix afin que les cours prévus dans le programme 1985 puissent être effectivement organisés. Le délai est fixé au 31 janvier.

Quelques suggestions

- Jetez un coup d'œil au tableau synoptique de couleur orange intitulé «Ces cours peuvent vous intéresser».
- N'oubliez pas de consulter le groupe 2: «Cours romands et intercantonaux».
- Intéressez-vous aux visites d'institutions (groupe 8), aux cours de vacances (groupe 6), aux groupes de travail et de réflexion (groupe 7).
- Veuillez envoyer directement votre inscription au Secrétariat du Centre pour les cours organisés par:
 - le Centre suisse pour le perfectionnement des professeurs de l'enseignement secondaire CPS (5.64);
 - la Société suisse de travail manuel et réforme scolaire (6.15).
- Pour les membres de commission, responsables, directeurs (groupe 9).

Les responsables du Centre et de l'Office de recherche et de planification pédagogiques se déplacent volontiers au domicile des requérants, les dates étant fixées d'un commun accord. Il suffit de prendre un contact préalable avec la Direction du Centre.

Le directeur: W. Jeanneret



Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Dans l'«Ecole bernoise» N° 25 du 7 décembre 1984, nous vous avons informés de l'entrée en vigueur de la Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) et des ses répercussions.

Ci-après, nous publions la réglementation transitoire pour l'exécution de la LPP qui complètera les statuts de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois dès le 1^{er} janvier 1985.

Réglementation transitoire pour l'exécution de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) dans le cadre de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB)

La commission d'administration de la CACEB, se basant sur l'article 9 du décret concernant la CACEB du 17 septembre 1973 et la décision de l'Assemblée des délégués du 20 juin 1984, décide:

1. But

La réglementation transitoire doit permettre à la CACEB de se faire inscrire provisoirement au registre de la prévoyance professionnelle selon l'article 93 LPP et de mettre à exécution la loi fédérale dans le cadre de ses propres dispositions.

2. Décision de principe

La CACEB appliquera les mêmes dispositions que par le passé pour autant qu'elles ne soient pas en contradiction avec celles de la LPP. Les dispositions de la CACEB seront complétées de telle manière qu'elles remplissent les exigences minimum de la LPP.

3. Membres

En plus des enseignants et du personnel mentionnés à l'article premier du décret et à l'article 2 des statuts, devront être admis à la caisse selon l'article 2 LPP:

- a) les enseignants et le personnel nommés définitivement ou provisoirement pour plus de trois mois dans les institutions mentionnées à l'article 2 des statuts et dont le traitement dépasse le minimum prescrit à l'article 2 LPP ou dont l'activité atteint 34% des leçons obligatoires réglementaires.
- b) les remplaçants nommés pour plus de trois mois dans ces institutions et les enseignants qui n'enseignent pas régulièrement durant tout un semestre et dont le traitement dépasse le minimum fixé à l'article 2 LPP ou dont l'activité atteint 34 % des leçons obligatoires réglementaires.

Sont exclus de l'assurance les salariés indiqués à l'article premier de l'OPP2.

L'assurance facultative auprès de la CACEB des salariés au service de plusieurs employeurs (article 46 LPP) n'est possible que si les employeurs en question sont affiliés à cette caisse ou à la Caisse d'assurance de l'administration de l'Etat de Berne. Les deux caisses décident d'un commun accord à quelle caisse l'assurance facultative est attribuée.

4. Réglementation spéciale pour les remplaçants et enseignants qui n'enseignent pas régulièrement durant tout un semestre

Cette catégorie d'enseignants est admise uniquement à la caisse des déposants. En cas de nomination ultérieure, provisoire ou définitive, le transfert à l'assurance selon l'article 65 des statuts est garanti.

L'assurance volontaire selon les articles 46 et 47 LPP auprès de la CACEB est exclue pour les enseignants en question.

5. Fin de l'assurance

Contrairement à l'article 3 des statuts, le membre reste assuré pour les risques de décès et d'invalidité durant 30 jours après la dissolution des rapports de travail (article 10 LPP).

Le maintien facultatif de l'assurance selon l'article 47 LPP n'est possible que dans le cadre des articles 4, 5 et 11 des statuts.

6. Voie de recours

Les articles 9, al. 1, 58 et 59 des statuts sont supprimés et la commission de recours abolie. L'article 48, al. 1 des statuts est modifié en conséquence.

Les décisions de la commission d'administration peuvent être portées, dans un délai de 30 jours dès leur notification, devant la commission d'administration par une demande de réexamen écrite avec l'argumentation nécessaire.

Si aucune entente n'est possible, les différends entre la caisse, l'employeur et l'ayant droit seront tranchés, selon l'article 73 LPP, par le Tribunal des assurances du canton de Berne.

7. Principe de la «caisse enveloppante»

Toutes les prestations de la CACEB vis-à-vis des assurés seront remplies conformément à la LPP dès que le total des prestations selon l'article 14 des statuts atteindront au moins les prestations prévues par la LPP. Pour permettre cette comparaison, les prestations devront être calculées selon les dispositions de la LPP et de la CACEB pour satisfaire aux prestations les plus élevées. A cet effet, la caisse devra établir pour chaque assuré un compte individuel de vieillesse selon la LPP (compte témoin).

Le salaire coordonné, déterminant pour la tenue du compte individuel de vieillesse, est calculé selon les prescriptions légales, sous réserve des cas suivants:

- a) les éléments de salaire de nature occasionnelle ne seront pas pris en considération;
- b) le salaire coordonné peut être déterminé à partir du dernier salaire annuel connu. Il sera tenu compte des modifications déjà convenues pour l'année courante;
- c) dans les cas où les conditions d'occupation et de rétribution sont irrégulières, le salaire coordonné peut être fixé de manière forfaitaire selon le salaire moyen de chaque catégorie d'enseignants.

8. Remboursement de cotisations

Le remboursement de cotisations selon l'article 11, al. 3, lettre b et al. 6 des statuts n'est plus autorisé; ces dispositions sont modifiées comme suit:

Les cotisations en question seront versées sur un compte bloqué individuel portant intérêt auprès de la Banque cantonale de Berne à Berne selon l'article 331c du CO. Ces avoirs pourront être utilisés pour le paiement de cotisations uniques.

9. Rachat

Les al. 1, 2, 3 et 5 de l'article 21 des statuts sont supprimés; ils sont remplacés par les dispositions suivantes:

- les enseignants qui sont admis à l'assurance après l'âge de 24 ans révolus doivent verser au moins la charge d'entrée nécessaire pour leur âge, sans qu'il soit compté d'années d'assurance.
- Tout membre assuré peut racheter rétroactivement les années d'assurance jusqu'à l'âge de 24 ans révolus. Les années d'enseignement hors du canton que la caisse déclare assurables peuvent être rachetées sans limite.
- Les enseignants qui ont atteint l'âge de 53 respectivement de 55 ans et qui désirent être admis à l'assurance doivent racheter les années d'assurance jusqu'à l'âge de 53 respectivement 55 ans.
- Les membres qui désirent être admis à la caisse des déposants selon l'article 20, al. 3 des statuts ou le

chiffre 4 de la présente réglementation transitoire ne peuvent pas racheter d'années d'assurance et n'ont pas à payer de charge d'entrée. Seul un avoir de vieillesse selon l'article 15 LPP sera à verser.

- Des prestations de libre passage au sens de l'article 10 de la présente réglementation transitoire seront utilisées pour la prise en compte d'années d'assurance ou le paiement de la charge d'entrée.

10. Indemnité de sortie ou libre passage

Le membre quittant la caisse sans bénéficier d'aucune prestation d'assurance a droit à l'indemnité de sortie selon l'article 23, respectivement 46 des statuts, au minimum à la prestation de libre passage selon l'article 28 de la LPP. Les conventions particulières conformément à l'article 10 des statuts font l'objet d'une réserve. Le compte bloqué selon l'article 23, al. 2, lettre b des statuts sera ouvert auprès de la Banque cantonale de Berne à Berne.

11. Droit à la rente de vieillesse de la femme

L'article 25, al. 5 des statuts conserve sa validité. Pour les femmes qui, selon la LPP, ont droit à la rente de vieillesse dès l'âge de 62 ans, la pension sera calculée selon l'article 29^{bis} des statuts.

12. Assurés avec une réserve

Les assurés avec une réserve ont droit au minimum aux prestations d'invalidité selon les articles 23 à 26 de la LPP qui sont versées sous forme de rente.

13. Droit de la femme divorcée aux prestations pour survivants

La CACEB verse à la femme divorcée d'un assuré décédé une rente de veuve pour autant que les conditions de l'article 20 OPP2 soient remplies.

14. Caisse des déposants

Un membre de la caisse des déposants peut demander son transfert à l'assurance. Les autres dispositions de l'article 65 des statuts conservent toute leur validité et devront être appliquées par analogie.

Les déposants et leurs survivants ont droit aux prestations selon les articles 44 à 46 des statuts, au minimum à celles de la LPP.

Les prestations de la caisse des déposants sont versées sous forme de capital ou de rente, auquel cas $\frac{1}{8}$ des cotisations sera déduit comme prime de risque.

15. Gestion paritaire

Le nombre des membres nommés à la commission d'administration par le Conseil exécutif selon l'article 53 des statuts est porté à 6.

16. Mise en gage pour financer la propriété de logement

La possibilité de mise en gage du droit aux prestations de vieillesse pour financer la propriété de logement prévue par l'article 40 LPP ne doit pas être supérieure à l'avoir de vieillesse selon la LPP.

Si un assuré exige une prestation en capital selon l'article 37 LPP ou si les prestations de la caisse mises en gage

selon l'article 40 LPP arrivent à échéance, les prestations de la caisse seront réduites en proportion du capital reçu par rapport au total des cotisations versées par le membre et l'employeur, y compris les intérêts.

17. Contribution au fonds de garantie

Les contributions pour financer le fonds de garantie selon l'article 59 LPP et les mesures spéciales selon l'article 70 LPP sont prélevées des fonds de la caisse.

18. Cas spéciaux

Dans les cas où il n'y a pas de réglementation spécifiée, l'administration de la caisse est autorisée à décider dans le cadre de la LPP et des statuts.

19. Entrée en vigueur

Cette réglementation transitoire entre en vigueur le 1^{er} janvier 1985 et sera valable au plus tard jusqu'au 31 décembre 1989.

Elle remplace, complète ou modifie les articles suivants des statuts:

Article 2	(chiffre 3)
Article 3	(chiffre 5)
Article 4	(chiffre 5)
Article 5	(chiffre 5)
Article 9, al. 1	(chiffre 6)
Article 10	(chiffre 9, chiffre 10)

Article 11	(chiffre 5, chiffre 8)
Article 14	(chiffre 7)
Article 17	(chiffre 16)
Article 20, al. 3	(chiffre 4, chiffre 9)
Article 21, al. 1, 2, 3 et 5	(chiffre 9)
Article 23	(chiffre 10)
Article 25, al. 5	(chiffre 11)
Article 26, al. 2	(chiffre 12)
Article 29 ^{bis}	(chiffre 11)
Article 31	(chiffre 13)
Article 43	(chiffre 14)
Article 44	(chiffre 14)
Article 45	(chiffre 14)
Article 46	(chiffre 10, chiffre 14)
Article 46, al. 4	(chiffre 9)
Article 48, al. 1	(chiffre 6)
Article 53, al. 1	(chiffre 15)
Article 58	(chiffre 6)
Article 59	(chiffre 6)
Article 65	(chiffre 4, chiffre 14)

Berne, le 24 octobre 1984

Pour la commission d'administration de la
Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Le président: B. v. Wattenwyl

Le secrétaire: A. Pfister

Approuvé par le Conseil exécutif par arrêté N° 4763 du
19 décembre 1984.

Mitteilungen des Sekretariates

Extrait des délibérations du Comité cantonal de la SEB

Séance du mercredi 12 décembre 1984

Présidence: Hansulrich Wyler

Le président ouvre la séance en remettant aux membres un petit cadeau de Noël et en félicitant Hansueli Mösching de sa promotion professionnelle.

Les décisions en bref

(* ces points sont développés plus loin)

Le Comité cantonal

- approuve les procès-verbaux de différentes séances du Comité directeur, ainsi que celui de sa séance du 21 novembre 1984.
- *dénonce, pour fin 1985, le contrat liant la SEB à l'Association suisse des enseignants à propos de l'entcartage de l'«Ecole bernoise» dans la «Schweizerische Lehrerzeitung», conformément aux décisions prises par l'AD extraordinaire de la SEB du 28 novembre 1984.
- *prend les dispositions nécessaires pour la votation générale de la SEB sur la structure future de l'école bernoise.

Communications du Secrétariat

- *décide d'attendre le résultat de la consultation interne sur le chômage des enseignants (mi-janvier 1985). Il sera alors possible de dégager certains points forts, de placer des priorités et d'entreprendre des actions politiques plus importantes. Actuellement, les organes directeurs de la SEB interviennent constamment, dans le cadre de leurs possibilités, pour lutter contre le chômage des enseignants.
- renonce, en conséquence, à organiser une consultation sur la motion Scherrer «Mesures pour combattre le chômage des enseignants» qu'il considère comme négative.
- *prend connaissance avec satisfaction du rapport final de la commission pédagogique de la SEB sur l'observation des élèves comme base de l'évaluation. Des propositions très utiles pour l'école de tous les jours seront publiées soit dans la «Schweizerische Lehrerzeitung», soit dans l'«Ecole bernoise».
- apprend avec satisfaction que la contribution de l'Etat au perfectionnement des enseignants organisé par la SEB a été portée de 48000 francs (somme allouée depuis 1976) à 60000 francs par an. Ce subside couvre environ un cinquième des dépenses de la SEB pour l'organisation des cours.
- approuve, à l'intention de la Direction de l'économie publique, la prise de position de la SEB sur le projet d'ordonnance sur les écoles et institutions de formation professionnelle.

- nomme, sur proposition de la commission bernoise des lectures pour la jeunesse, Dorothea Zürcher comme membre du bureau de la commission en remplacement de Werner Lässer, et Heinrich Schütz comme membre de la commission de rédaction de la «Schweizerische Lehrerzeitung» en remplacement d'Andreas Gerber.
- *autorise la SEB à participer à l'organisation du concours lancé à l'occasion du 175^e anniversaire de la Société des médecins du canton.
- donne la compétence au Comité directeur de nommer, sur la base des propositions des organisations de degrés concernées, quatre membres pour le groupe de travail mis en place par la DIP sur l'enseignement de l'économie publique. Ce groupe est chargé d'élaborer un rapport et des propositions qui permettront un enseignement suffisant de cette branche dans les gymnases et les institutions de formation des enseignants bernois.
- complète ses propositions d'ordre du jour pour la rencontre du 14 janvier 1985 avec la Direction de l'instruction publique.
- *accorde l'assistance juridique dans trois cas. L'un concerne une réduction de traitement opérée pour la première fois sur la base de la nouvelle LAA.
- refuse momentanément l'assistance à un membre pour un procès, convaincu que le moment est mal choisi.
- approuve la prise en charge des frais de déplacement (environ 100 francs) pour une enseignante au chômage participant à un cours organisé par le Secrétariat SEB au perfectionnement.
- accorde un prêt de formation à un membre.
- répond favorablement à une demande de mise à disposition des adresses des membres.
- approuve l'adaptation du contrat avec la CACEB sur l'assurance des employés du Secrétariat, adaptation nécessaire avec l'entrée en vigueur de la LPP.

Compléments sur certains points

Dénunciation du contrat avec l'ASE

L'Assemblée des délégués du 28 novembre 1984 a décidé de dénoncer pour le 31 décembre 1985 le contrat concernant l'abonnement obligatoire à la «Schweizerische Lehrerzeitung». Le contrat actuel oblige tous les membres de la SEB à être abonnés aux deux organes corporatifs («Ecole bernoise» et «Schweizerische Lehrerzeitung»). Après la restructuration de toutes les catégories d'enseignants au sein de la SEB, le contrat doit être revu, surtout du fait que les besoins des maîtres spécialisés sont mieux couverts par leurs journaux spécifiques. La SEB est la seule section, à l'exception de la Société des enseignants du canton de Bâle-Campagne, à déclarer la «Schweizerische Lehrerzeitung» obligatoire pour tous ses membres. Cette obligation est combattue par différents milieux autres que ceux mentionnés précédemment.

A partir de 1986, l'«Ecole bernoise» sera à nouveau publiée comme journal corporatif indépendant.

Dans sa lettre de résiliation du contrat, la SEB indique qu'elle est disposée à collaborer à l'élaboration d'un nouveau contrat destiné à promouvoir la «Schweizerische Lehrerzeitung» dans le canton de Berne. Ce contrat devrait être négocié avant l'Assemblée des délégués du 5 juin 1985.

Votation générale

Le Comité cantonal discute divers projets de votation générale sur la structure future de l'école bernoise et les tests. Il est difficile de trouver une forme simple et compréhensible pour une votation éventuelle et une votation principale qui permette de s'exprimer de manière nuancée. Il n'est pas possible d'organiser deux scrutins successifs comme cela aurait été le cas en assemblée de délégués. Le Comité cantonal souhaite toutefois une participation importante et un résultat clair.

Chômage des enseignants

Le Comité cantonal accepte le mandat donné à l'Assemblée des délégués par le président d'une section francophone (section Bienne-La Neuveville). Ce mandat répond à son intention de présenter, lors de l'Assemblée des délégués du 5 juin 1985, des propositions de mesures à prendre pour combattre le chômage. Ce n'est qu'après l'examen et l'évaluation des prises de position des sections et des organisations de degrés qu'il sera possible d'envisager des actions politiques pour soutenir la motion Zürcher «Chômage des enseignants».

Observation des élèves

Hans Raaflaub de la commission pédagogique de la SEB présente le rapport final de la commission sur l'observation des élèves comme base de l'évaluation. Il contient, en plus d'une introduction et de réflexions générales sur les observations d'élèves, un catalogue détaillé et proche de la réalité qui devrait certainement être un instrument très utile pour les enseignants. Afin de le diffuser dans de larges milieux, le Comité cantonal souhaite qu'il soit publié dans la «Schweizerische Lehrerzeitung». Si ce n'est pas possible, il le sera dans l'«Ecole bernoise».

Ordonnance sur les écoles et institutions de formation professionnelle

Le projet d'ordonnance regroupe de nombreuses dispositions dispersées jusqu'à présent dans différents décrets et n'apporte que peu de nouveautés. Cette ordonnance peut être, à l'avenir, un instrument utile pour tous les milieux concernés. La SEB salue le fait que soit fixée la possibilité d'ouvrir de nouvelles classes, comme le prévoit actuellement la conception des classes préprofessionnelles. La réglementation sur la discipline énumère de manière séparée, mais incomplète, les plus graves fautes de discipline. La SEB demande que cette énumération soit limitée aux faits pouvant être poursuivis juridiquement et que soit accordé aux enseignants le droit d'intervenir pédagogiquement s'ils le jugent utile. La SEB estime qu'un siège au moins doit être réservé au corps enseignant dans la commission disciplinaire des écoles professionnelles. Elle propose enfin de placer sur pied d'égalité le droit de regard et d'intervention de l'inspecteur des écoles professionnelles et celui des organes de surveillance dans les autres domaines de l'école.

Concours de la Société des médecins

La Société des médecins du canton de Berne fête, en 1985, son 175^e anniversaire. A cette occasion, elle offre 10000 francs pour un concours ayant pour thème «L'hygiène» et organisé en collaborant avec la SEB. Tous les élèves des écoles publiques et tous les étudiants des instituts de formation des enseignants peuvent y participer.

Le Comité cantonal décide que la SEB participera à l'élaboration de la documentation de base, s'occupera du déroulement administratif et de la publication et sera associée au jury. De plus amples détails paraîtront au début de 1985 dans l'«Ecole bernoise» et dans la «Feuille officielle scolaire». La SEB espère que ce projet permettra d'animer cet enseignement figurant au plan d'études et de mettre à disposition de multiples fiches de travail.

Réduction de traitement

En vertu de la nouvelle LAA (Loi sur l'assurance accidents) le canton reçoit de l'assurance les indemnités journalières qui sont portées au compte des frais de remplacement, le traitement complet étant versé à l'assuré. Pour la première fois, la Direction de l'instruction

publique vient de procéder à une réduction de 10 % du traitement d'un enseignant pour la durée de son incapacité de travail. On lui reproche une faute grave et l'assurance a, de ce fait, réduit les indemnités journalières.

Le Comité cantonal charge M^{re} Hofer d'examiner le problème et de voir si cette pratique est justifiée.

La SEB veut savoir si la possibilité d'une réduction de traitement, prévue à l'article 12 de l'ordonnance sur les remplacements, confère le droit aux autorités de reporter automatiquement sur l'assuré une réduction des indemnités journalières. Il souhaite en outre savoir en vertu de quelles dispositions les autorités fixent un taux de 10 % qui, en bien des cas, peut toucher durement l'assuré.

Secrétariat de la SEB: *Werner Zaugg*

Adaptation française: *Yves Monnin*

Das Problem

Wer sein Pensum reduziert, hat als Versicherter von der Bernischen Lehrerversicherungskasse eine

Rückzahlung von Versicherungsbeiträgen

zugut. Über deren Höhe bestehen häufig falsche Vorstellungen, weil die Kasse eine Sozialversicherung ist, und nicht eine Sparkasse.

Die Kasse muss bei ihren Berechnungen von der neuen versicherten Besoldung ausgehen, nicht von einem der Pensenreduktion entsprechenden Anteil aller Beiträge des Versicherten, denn ihre Leistungspflicht bemisst sich ebenfalls an der neuen versicherten Besoldung, nicht an den geleisteten Beiträgen. Sie kann deshalb nur Beiträge des Versicherten rückerstatten, welche dieser seit dem Überschreiten der neuen versicherten Besoldung und für Anteile bezahlt hat, welche über der neuen versicherten Besoldung liegen. Wenn einer sein Pensum um einen Drittel reduziert, hat er also nicht Anrecht auf einen Drittel der von ihm geleisteten Beiträge, sondern nur auf den Teil, welcher für nicht mehr versicherte Besoldung bezahlt worden ist.

Die rückerstatteten Beiträge sind meistens sehr viel kleiner, als das Kassenmitglied denkt.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Le problème

Celui qui réduit son horaire a droit, en sa qualité de membre de la CACEB, au

remboursement d'une partie des primes d'assurance.

Les enseignants se font souvent de fausses idées sur ces montants. La CACEB est une assurance sociale et non une caisse d'épargne.

La Caisse doit baser sa calculation sur le nouveau traitement assuré et non sur un pourcentage des primes correspondant à la réduction de l'horaire. La Caisse verse ses prestations en fonction du traitement assuré et non en fonction des primes payées. Pour ces raisons, elle ne peut rembourser que les sommes payées depuis le moment où l'ancien traitement assuré a dépassé le nouveau traitement assuré et uniquement sur la part qui dépassait le nouveau traitement assuré. Si l'horaire est réduit d'un tiers, l'assuré n'a pas droit au remboursement du tiers des cotisations qu'il a payées, mais uniquement à la part payée pour le traitement qui n'est plus assuré.

Les montants restitués sont généralement nettement inférieurs à ce qu'imaginait l'assuré.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*

Adaptation française: *Yves Monnin*

Erscheint vierzehntäglich

Redaktion: Christian Jaberg, Postfach 7, 3043 Uettiligen, Telefon 031 82 28 36.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Inserate für die SLZ direkt an: Zeitschriftenverlag, 8712 Stäfa.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnigasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: Daniel Moser, Steigerweg 26, 3006 Bern, Telefon 031 44 41 46.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Parution bimensuelle

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunnigasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.